

# **Entwurf**

## **Wahlprogramm 2009**

# **Bunte Linke/DIE LINKE**

**Bunte Linke Heidelberg – Bündnis für  
Demokratie, Solidarität, Umwelt und  
Frieden/ DIE LINKE**

**Stand: 06.03.2009**

Zur Vorlage bei Mitgliederversammlung vom 10.03.2009



---

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort?

<u>Inhaltsverzeichnis</u> .....	3
<u>Soziale Errungenschaften bewahren und Armut bekämpfen</u> .....	4
<u>Gegen Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorge</u> .....	4
<u>Bezahlbaren Wohnraum schaffen</u> .....	5
<u>Priorität für Soziales im Haushalt</u> .....	6
<u>Für ein kinderfreundliches Heidelberg</u> .....	7
<u>Freiräume für Jugendliche und Studierende</u> .....	9
<u>Ältere Mitbürger - Hilfen ohne Bevormundung</u> .....	11
<u>Frauen</u> .....	12
<u>Kultur</u> .....	13
<u>Bildung</u> .....	14
<u>Demokratie</u> .....	17
<u>Bürgerinteresse</u> .....	19
<u>Stadtentwicklung und Regionalplanung</u> .....	23
<u>Stadtentwicklung heißt Umweltgestaltung</u> .....	23
<u>Wohnen</u> .....	24
<u>Arbeiten, Wohnen und Freizeit in der Stadt und den Stadtteilen</u> .....	26
<u>Verkehr</u> .....	26
<u>Stadtentwicklung heißt auch Regionalplanung</u> .....	29
<u>Bereiche der Stadt, in denen besondere Aufgaben anstehen</u> .....	30
<u>Wirtschaft und Finanzen</u> .....	35
<u>Die große Koalition der Schuldenmacher:</u> .....	35
<u>Sicherung der Daseinsvorsorge durch sorgfältige Steuerung der Investitionen</u> ....	36
<u>Städtische Wirtschaftsförderung</u> .....	37
<u>Umwelt und Energie</u> .....	41
<u>Energiepolitik: Stadtwerke müssen verstärkt tätig werden</u> .....	41
<u>Abfallwirtschaft</u> .....	42
<u>Trinkwasser: Sorgsamer Umgang mit den Reserven</u> .....	44
<u>Umweltschadstoffe im Abwasser: Sie gehen in die Biosphäre über</u> .....	44
<u>Schutz der Natur heißt auch: Schutz des Menschen</u> .....	45
<u>Tierschutz</u> .....	49
<u>Globalisierung, Frieden und internationale Solidarität</u> .....	51
<u>Für mehr kommunale Selbstverwaltung</u> .....	51
<u>Heidelberg – Partnerstadt für den Frieden!</u> .....	52

---

## **Soziale Errungenschaften bewahren und Armut bekämpfen**

Unsere Stadt blieb von der neoliberalen Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik seit den 1980er Jahren nicht verschont. Diese führte dazu, dass Einkommen und Vermögen von unten nach oben verteilt und dass die Haushalte der Kommunen ausgetrocknet wurden.

Heidelberg wird im Bericht zur Sozialen Lage (Armut- u. Reichtumsbericht) von 2007 als Stadt der Akademiker und Wohlhabenden bezeichnet. Es gibt aber immer größere Inseln der Armut, besonders in den südlichen Stadtteilen. Auch der Mittelstand ist zunehmend betroffen. Die sozialen Gegensätze nehmen zu. Fast 12.000 Personen gelten als armutsgefährdet bzw. arm, darunter 2.700 Kinder.

Die Hartz-IV-Gesetze verstoßen gegen das Grundgesetz, weil ein Leben in menschlicher Würde mit den zu geringen Unterstützungen nicht möglich ist. Sie führen mit den Ein-Euro-Jobs den Zwang ein, eine vorgegebene Arbeit ohne angemessenes Entgelt annehmen zu müssen.

### ***Gegen Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorge***

Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen wird häufig von der Verwaltung und Teilen des Gemeinderates als Mittel gesehen, den Investitionsbedarf der Stadt zu verringern. Übersehen wird dabei, dass nicht nur die unmittelbare demokratische Kontrolle über die städtische Einrichtung verloren geht, sondern dass darüber hinaus die Kosten langfristig höher sind, als bei Übernahme der Aufgabe durch die Stadt selbst.

Ein von einem breiten Bündnis unterschiedlicher politischer Kräfte und sozialer Gruppen getragener Widerstand gegen diese Entwicklungen kann erfolgreich sein. Bunte Linke und DIE LINKE waren gemeinsam mit anderen Parteien, Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen, Bürgerinitiativen und engagierten Einzelpersonen beim Bürgerbegehren Emmertsgrund aktiv. Durch dieses Engagement wurde nicht nur der erste Bürgerentscheid in Heidelberg überhaupt ermöglicht, sondern im Ergebnis auch der Verkauf der städtischen Sozialwohnungen in der Emmertsgrundpassage und - mittelbar - der Genossenschaftswohnungen am Jellinekplatz an einen Privatinvestor verhindert (→ *Demokratie und Bürgerinteresse*, → *Stadtentwicklung*).

Bereiche der Daseinsvorsorge - Schulen, Wasser und Abwasser, Energieversorgung, Abfallwirtschaft, öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), sozialgebundener Wohnraum - dürfen nicht privatwirtschaftlichem Profit- u. Konkurrenzdenken unterworfen werden. Daher müssen Gesellschaften wie die Stadtwerke, die Verkehrsbetriebe und die städtische Wohnungsbaugesellschaft (GGH) in vollem Umfang kom-

---

munales Eigentum bleiben. Nur so kann die Kommune eine demokratische Kontrolle ausüben, beispielsweise einen Sozialtarif für Bedürftige bei Strom und Energie einführen. Während kurzfristig mit Privatisierung Schulden abgebaut und Liquidität bereit gestellt werden, sind mittel- u. langfristig stärkere Belastungen für den städtischen Haushalt damit verbunden und für die Bürger folgen Gebührenerhöhungen und steigende Preise.

Deshalb lehnen wir das geplante Projekt ab, die Sanierung der Internationalen Gesamtschule Heidelberg (IGH) in öffentlich/privater Partnerschaft (ÖPP) zu realisieren. Die IGH würde dabei an einen privaten Investor verkauft. Danach müsste die Stadt für die Nutzung und den Betrieb der Schule Miete zahlen. Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, dass zwar die Verschuldung niedrig gehalten wird, am Ende der Steuerzahler aber insgesamt draufzahlt.

### ***Bezahlbaren Wohnraum schaffen***

Heidelberg ist eine der Städte in Deutschland mit den höchsten Mieten. Deshalb ist die Schaffung bezahlbaren Wohnraums eine der wichtigsten kommunalpolitischen Aufgaben. Das Preisniveau der Mieten ist nicht allein das Ergebnis des Wirkens anonymer Marktkräfte, sondern kann von der Stadt aktiv beeinflusst werden. Langfristig muss von Bund, Land und Stadt wieder verstärkt in den sozialen Wohnungsbau investiert werden, um gerade für finanziell schwächere Gruppen die Miethöhe auf ein erträgliches Maß abzusenken.

Die Bunte Linke / DIE LINKE fordert:

- Die Sozialwohnungen im Besitz der GGH müssen erhalten bleiben. Der Gesellschaft sollen ausreichende Mittel für die Sanierung ihres Wohnungsbestandes zur Verfügung gestellt werden. Den Abriss und Neubau von 1.000 Wohnungen - Bestandteil der GGH-Strategie 2015 und schon geplant 41 Häuser in Wieblingen-Ost - lehnen wir ab. Schon bei entsprechenden Plänen bzgl. der Blauen Heimat hat sich gezeigt, dass eine Sanierung vorteilhafter ist. Abriss und Neubau verursachen immer auch eine Veränderung der Mieterstruktur: die alteingesessenen (häufig alten und kranken) Mieter können sich die dann viel teureren Mieten nicht mehr leisten, müssen wegziehen und werden damit entwurzelt.
- In den Stadtvierteln, die vom Abzug der US-Amerikaner betroffen sein werden, sollte die Stadt alle Möglichkeiten nutzen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. In der Bahnstadt wurde diese Chance leider vertan (→ *Stadtentwicklung*)..

- 
- Für Empfänger von SGB II-Leistungen (Hartz IV, Sozialhilfe) muss rasch eine spürbare Erhöhung der Zuschüsse zu den dramatisch gestiegenen Mietnebenkosten entsprechend der Preissteigerung für Heizung und Warmwasser erfolgen.
  - Die Stadt muss in allen Stadtteilen Wohnungen für Wohnungsnotfälle bereit halten. Eine Konzentration von Notwohnungen in einem Quartier darf es nicht geben. Notwohngebiete wie das Mörgelgewann müssen in normale Quartiere überführt oder schrittweise aufgelöst werden. Hierbei sind die Bedürfnisse der Bewohner zu berücksichtigen.

### ***Priorität für Soziales im Haushalt***

Als Bunte Linke/DIE LINKE setzen wir uns grundsätzlich für Maßnahmen ein, welche die Teilhabe gerade materiell benachteiligter Menschen am Leben in der Stadt verbessern. Neben der Bezuschussung von etablierten Betreuungs- und Hilfsangeboten gehören ein Nachteilsausgleich auch in Form von Sozialtarifen bei Strom und Energie oder im öffentlichen Personennahverkehr dazu.

**Wir unterstützen die Maßnahmen der Stadt zur Sanierung von Schulen und zur Bereitstellung von mehr Kindergartenplätzen. Wir sind entschieden dagegen, wenn diese Anstrengungen in einigen Jahren zu Gunsten des Großprojektes Neckarufertunnel zurückgefahren werden sollen. Die Kosten für den Neckarufertunnel würden die Mittel für alle sozialen Projekte bei weitem übersteigen (→ Grafik in Haushalt-Wirtschaft). Diese Mittel dürfen – gerade angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung - nicht gekürzt sondern müssen erhöht werden.**

### **Die Bunte Linke/DIE LINKE fordert:**

- Öffentliche Aufträge sollen nur an Firmen vergeben werden, die einen Mindestlohn von über 8 Euro die Stunde zahlen, Betriebsräte zulassen und sich an ortsübliche Tarifverträge halten. Damit wird verhindert, dass Arbeitsverhältnisse weiter zunehmen, die die Lebenshaltungskosten durch Lohnzahlung bei weitem nicht decken. In kommunaler Verantwortung darf es weder Ein-Euro-Jobs noch erzwungene Teilzeitarbeit, noch Leiharbeit geben.
- Mit dem Heidelberg-Pass wird auf Antrag der Bunten Linken eine stark ermäßigte Benutzung öffentlicher Kultureinrichtungen wie Theater, Museen, Schwimmbäder und der Volkshochschule ermöglicht. Unsere Forderung ist, dass für die Nutzung des ÖPNV durch Heidelberg-Pass-Inhaber eine verbilligte Netzkarte für den Bereich der Stadt Heidelberg zu 17 Euro eingeführt

---

wird (entspricht dem Mobilitätsanteil an der Hartz IV-Regelleistung). Wir beteiligen uns an der Initiative „Metropolticket Plus“, die es Geringverdienern ermöglichen soll, für 20 Euro im Monat den ÖPNV im gesamten Rhein-Neckar-Verbund zu nutzen.

- Wir unterstützen den Aufbau lokaler, demokratisch gestalteter Netzwerke zur sozialen Sicherung, die über die Verteilung der Fördermittel zusammen mit den Betroffenen selbst bestimmen. Gefördert werden sollen Initiativen zur Beschäftigung ehemals Langzeitarbeitsloser und anderer Benachteiligter, wie dies jetzt schon durch Organisationen wie Die Werkstatt e.V., den Vbl (Verein zur beruflichen Integration und Qualifizierung) und Emmaus und Gewerkschaft e.V. geschieht.
- Die Bildungschancen für Kinder und Erwachsene mit Migrationshintergrund müssen verbessert werden – nicht zuletzt durch eine Ausweitung der Sprachförderung an den Kindergärten und Schulen, sowie durch Ausbau von Ganztagschulen (→ *Kinder*).

### ***Für ein kinderfreundliches Heidelberg***

Kinder sind unsere Zukunft. Chancengleichheit für alle Kinder - ungeachtet ihrer Herkunft, ihres sozialen oder finanziellen Status - ist eine Voraussetzung für eine solidarische Gesellschaft. Kinder gehören zu den Bevölkerungsgruppen, die unserer besonderen Fürsorge bedürfen. Sie sind auf die Gesellschaft im Allgemeinen und ihr soziales Umfeld im Besonderen angewiesen, um sich ihren Fähigkeiten entsprechend entwickeln und ohne Angst oder Gewalt heranwachsen zu können. Eine darauf ausgerichtete Stadtpolitik sollte Kinder dabei unterstützen, in die Gesellschaft integrierte, selbstbewusste und verantwortungsvolle Erwachsene zu werden. Die Aufdeckung und der Ausgleich von Defiziten in ihrer körperlichen, sprachlichen oder geistigen Entwicklung sind wichtig. Einrichtungen wie der Marie-Bertha-Coppius-Schulkindergarten, der Pustebume-Schulkindergarten, Sonder- und Förderschulen mit unterschiedlichen Schwerpunkten leisten gute Arbeit (→ *Bildung und Kultur*).

Kinder und Jugendliche sind mehr als doppelt so oft von Armut betroffen wie ältere Menschen. Insgesamt sind ca. 15% der unter 16-Jährigen in Heidelberg armutsgefährdet. Gerade Kinder von Migranten und Alleinerziehenden tragen das höchste Armutsrisiko.

Armut ist nicht nur messbar an der materiellen Unterversorgung, sondern sie spiegelt sich auch in zentralen Bereichen des Lebens wie Bildung, Wohnen und Gesundheit wider.

---

In der Stadt Heidelberg sind deutliche Segregationstendenzen erkennbar:

- In Wohngebieten mit einem hohen Sozialwohnungs- sowie Arbeiter- und Ausländeranteil ist die Zahl der Arbeitslosen deutlich höher als in anderen Quartieren. Aber gerade hier gibt es einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Kindern.
- Deutlich mehr Kinder aus ärmeren Familien besuchen die Hauptschule. Das betrifft doppelt so oft Kinder mit Migrationshintergrund wie deutsche Kinder.
- Kinder aus Familien mit niedrigem sozialem Status tragen ein höheres Gesundheitsrisiko als Kinder anderer Familien.
- Familien mit Kindern, selbst mit mittlerem Einkommen, haben Schwierigkeiten, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum in Heidelberg zu finden.

Die Bunte Linke/DIE LINKE setzt sich deshalb für eine sozial verantwortungsvolle Stadtpolitik ein. Wir fordern **für sozial oder gesundheitlich benachteiligte Kinder**:

- Gebührenfreie Kinderbetreuung und Ganztagsbetreuung für Kinder ab dem ersten Lebensjahr als Unterstützung für ärmere Familien und insbesondere für alleinerziehende Mütter und Väter,
- kostenlose Bereitstellung aller Lehrmittel und Schulmaterialien für Kinder aus einkommensschwachen Familien,
- Aufstockung des Essensgeldfonds, so dass die Anzahl der vom Essensgeld befreiten Kinder erhöht werden kann,
- Einrichtung eines Frühstückstisches für bedürftige Kinder, da besonders arme und armutsgefährdete Kinder oft ohne Frühstück und/ oder mit ungesunden Pausensnacks in die Schule kommen,
- kostenlose Teilnahme an allen Freizeit- und Ferienaktivitäten für bedürftige Kinder, wie zum Bsp. Ausflüge, Schullandheime, Ferienbetreuung etc.,
- bestehende Integrationsschulen zu erweitern und neue zu schaffen,
- stärkere Förderung von Kindern mit körperlichen, sprachlichen oder geistigen Entwicklungsstörungen, damit sie ihre Fähigkeiten voll entfalten können.

**Für alle Kinder** fordern wir:

- frühe individuelle Förderung, so dass sie ihre Potenziale voll ausschöpfen und sich ihren Fähigkeiten entsprechend entwickeln können,
- Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Kinderkrippen-, Kindergarten- und Hortplätzen, um berufstätige und alleinerziehende Eltern zu unterstützen

---

und die Position dieser Menschen - meist Frauen - auf dem Arbeitsmarkt zu stärken (→ *Frauen*),

- Bereitstellung von mehr bezahlbarem Wohnraum für Familien mit Kindern,
- Förderung demokratischer Mitbestimmung der Eltern in allen Kindereinrichtungen,
- Einstellung von Sozialarbeitern an jeder Schule, um die Sozialkompetenz der Kinder zu stärken,
- mehr öffentliche Freiräume für Aktivspiele,
- sichere (vernetzte) Rad- und Fußwege, so dass Kinder sich sicher im Verkehr bewegen können.

Die Bunte Linke/ DIE LINKE begrüßt die Familienoffensive der Stadt Heidelberg.

Projekte wie „HEIKE“, „Franziskuskindergarten“, längere und flexible Öffnungszeiten der Kindertagesstätten sowie die längst anstehende Sanierung der Schulen sind Schritte in die richtige Richtung.

### ***Freiräume für Jugendliche und Studierende***

Durch die weitgehende Kommerzialisierung des Lebens und des öffentlichen Raums in der Stadt werden insbesondere die Gestaltungsmöglichkeiten von Jugendlichen eingeschränkt. Für eine große Universitätsstadt sind die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung in Heidelberg eher provinziell und zumeist teuer.

Die wenigen vorhandenen Möglichkeiten an kommerzfreien, öffentlich zugänglichen Freizeit- und Begegnungsstätten - wie etwa das Grillen auf der Neckarwiese, Skaten auf bestimmten Straßen und Plätzen, Graffiti-Kultur oder die Nutzung der Thingsstätte - werden von der Stadtverwaltung immer weiter eingeschränkt und teilweise sogar kriminalisiert. Doch ein verantwortungsbewusster Umgang der Jugendlichen mit ihrer Umwelt kann nur erwartet werden, wenn sie Möglichkeiten haben, selbst Verantwortung zu übernehmen - dies setzt Autonomie voraus. Um Jugendlichen bessere Möglichkeiten bei selbstorganisierten Projekten zu ermöglichen, müssen geeignete Räume bereitgestellt werden.

- Die Bunte Linke/DIE LINKE setzt sich daher für selbstbestimmte und selbstverwaltete Jugendzentren ein.

- 
- Die seit über 10 Jahren diskutierte Jugendhalle für größere kommerzfreie Veranstaltungen (z.B. Schulabschlussparties, Veranstaltungen von Jugendgruppen, usw.) muss endlich eingerichtet werden. Das alte Bahnbetriebswerk in der geplanten neuen Bahnstadt eignet sich hierfür.
  - Wir treten für den Erhalt des Karlstorbahnhofes und der Villa Nachttanz ein. Auch Platz für ein neues Autonomes Zentrum muss geschaffen werden.

Werden Jugendliche nach ihren kommunalpolitischen Anliegen befragt, werden oft der Erhalt von öffentlichen Begegnungsstätten wie die Neckarwiese sowie die bessere Vernetzung des Nachtverkehrs mit dem ÖPNV (Moonliner) genannt. Daher sind die Nachtouren des ÖPNV dringend auszuweiten und die Linien zu erweitern, auch über die Stadt Heidelberg hinaus ins Umland .

- Wir sind gegen weitere Preiserhöhungen beim MAXX- u. Semesterticket.

**Beim Jugendgemeinderat und Stadtjugendring treten wir für folgende Forderungen ein:**

- Das Mitspracherecht des Jugendgemeinderats soll durch ein direktes Vortragsrecht in den gemeinderätlichen Gremien und durch ein „aufschiebendes“ Vetorecht (d.h. der Gemeinderat muss in einer erneuten Sitzung beraten und beschließen) bei jugendpolitischen Fragen im Gemeinderat gestärkt werden.
- Wir unterstützen die Tätigkeiten des Stadtjugendrings für Kinder und Jugendliche, setzen uns aber für eine Altersbegrenzung der Vereinsvertreter ein, damit dort wirklich junge Menschen die Vertretung der Jugendgruppen übernehmen.
- Vereine sollen nur dann durch die Stadt gefördert werden, wenn sie Jugendlichen aus sozial schwächeren Familien ihre Beiträge teilweise oder ganz erlassen.

Studierende sind ein wesentlicher Teil der Heidelberger Bevölkerung und prägen das Stadtleben wesentlich mit. Die Stadt nimmt sich ihrer Probleme nur unzureichend an. Dies erschwert ihr Leben zusätzlich zu der zunehmenden Privatisierung und Verschulung des Studiums: Zu teure Wohnungen, noch zu wenig flexible Kinderbetreuungseinrichtungen und Integrationsprobleme am Anfang des Studiums. Wir solidarisieren uns den Studierenden gegen Studiengebühren, gegen die Umstrukturierung des Bildungswesens nach wirtschaftlichen Interessen, gegen den weiter voranschreitenden Demokratieabbau und gegen die soziale Selektion an der Hochschule.

- 
- Wir treten ein für die Durchsetzung des Menschenrechts auf Bildung für Alle und wollen in der Kommune einen Beitrag leisten, indem sich die Stadt Heidelberg auch auf regionaler Ebene für bezahlbaren Wohnraum und bezahlbare Semester- und Sozialtickets einsetzt.

### ***Ältere Mitbürger - Hilfen ohne Bevormundung***

Ältere Menschen haben häufig Fähigkeiten, die nach Beendigung der Berufstätigkeit brach liegen. Oftmals möchten Ältere auch im Ruhestand aktiv am Leben teilnehmen, sich gerne zum Wohl der Gemeinschaft einsetzen. Deshalb ist eine Angebotsbörse zu entwickeln, in der Senioren ihre Fähigkeiten und Erfahrungen einbringen können ("Paten-Oma oder -Opa", Tätigkeiten in sozialen Diensten, Patenschaften für Migranten).

Viele ältere Menschen wollen in ihrer Wohnung und ihrer gewohnten Umgebung bleiben, nachdem die Kinder ausgezogen sind und der Partner vielleicht verstorben ist. Erinnerungen binden sie. Dadurch entsteht ein nicht unerhebliches soziales Problem: Junge Familien suchen größere Wohnungen für sich und die Kinder, ältere Menschen vereinsamen in für sie zu großen Wohnungen.

**Ziel muss sein, eine Ausgrenzung und Vereinsamung von älteren Mitbürgern zu verhindern und Pflegebedürftigen einen Lebensabend in Würde zu sichern. Deshalb ist ein Senioren-Konzept für Heidelberg nötig, das**

- die Bedürfnisse der Älteren zunächst auf Quartiers- und Stadtteilebene ermittelt,
- demokratische Mitbestimmung und soziales Engagement vor Ort im Stadtteil durch aktive Ältere gezielt ermöglicht und fördert,
- bei Bedarf eine Tauschbörse anbietet, die den Tausch zu groß gewordener Wohnungen älterer Menschen gegen zu eng gewordene Wohnungen junger Familien fördert,
- Hilfe bei Beschaffung oder Umbau zu altengerechten Wohnungen im vertrauten Quartier leistet,
- verstärkt selbstverwaltete Wohnprojekte von Älteren fördert und betreute Wohngemeinschaften schafft - auch mit gemischten Altersgruppen - in denen jederzeit Pflegekräfte erreichbar sind,
- die Zahl der Kurzzeitpflegeplätze in entsprechenden Pflegestationen zur Entlastung pflegender Angehöriger erhöht,

- 
- die Akademie für Ältere als Bildungseinrichtung sichert und weiterentwickelt.

## **Frauen**

Die Lasten und die Verantwortung im sozialen Bereich sind zwischen Männern und Frauen nach wie vor ungleich verteilt. Frauen verdienen weniger als Männer. Da sich Frauen mehr um die Familie kümmern, sind sie auf Teilzeitbeschäftigung angewiesen. Sie ist oft die einzige Möglichkeit für sie, Beruf und Kinderbetreuung miteinander zu vereinbaren. Auch nehmen mehr Frauen als Männer Elternzeit. Frauen sind u.a. auch deshalb in Führungspositionen unterrepräsentiert.

Bei Bildung und Erziehung spielen Frauen eine wesentliche Rolle, außerdem sind sie häufiger in sozialen Bereichen aktiv. Die meisten Ehrenämter im sozialen Bereich sind weiblich besetzt.

Frauen mit Migrationshintergrund haben es wegen oft unzureichender Deutschkenntnisse schwer, angemessene Arbeitsstellen zu finden.

### **Deshalb sind folgende Maßnahmen dringend erforderlich:**

- Die Öffnungszeiten von Kindertagesstätten und Kindergärten müssen so erweitert werden, dass Arbeitnehmerinnen ihrem Beruf nachgehen können (→ *Kinder*).
- Migrantinnen müssen bei der Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatzsuche stärker unterstützt werden, u. a. mit Sprachförderung.
- Alleinerziehende und ältere Frauen sind am häufigsten von Armut bedroht. Dagegen muss gezielt vorgegangen werden (→ *Soziales*).
- Ältere Arbeitnehmerinnen müssen beruflich stärker gefördert werden.
- Frauen müssen gezielt gefördert werden, damit sie bessere Chancen haben, in Führungspositionen zu gelangen.
- Aktivitäten, die die Gleichstellung der Frauen (und Männer) sichern, werden von uns unterstützt (z.B. Gleichstellungsbeauftragte).
- Es müssen mehr Angebote und Möglichkeiten geschaffen werden, damit auch Väter Elternzeit nehmen.
- Selbstverwaltete Frauenprojekte müssen zuverlässig abgesichert sein (z. B. Frauen- und Mädchenhaus, Frauengesundheitszentrum, Bibez (Ganzheitliches Bildungs- und Beratungszentrum zur Förderung und Integration behin-

---

derter/chronisch erkrankter Frauen und Mädchen), Sozialdienst katholischer Frauen, Internationales Frauenzentrum e.V.).

- Die Förderung von Selbstverteidigungskursen für Mädchen und Frauen aller Altersgruppen.
- Überall, wo ehrenamtlich gesellschaftlich notwendige Aufgaben in berufsähnlichem Ausmaß übernommen werden, muss eine angemessene Bezahlung erfolgen.
- Das Frauennachttaxi soll für Mädchen und Frauen aller Altersgruppen gleichermaßen ab 20 Uhr gelten. Außerdem sollten mit den umliegenden Gemeinden entsprechende Abkommen getroffen werden.

## ***Kultur***

Kultur und Bildung müssen öffentlich gefördert und nicht den individuellen Vorlieben von privaten Sponsoren überlassen werden. Nur so ist eine demokratische Diskussion und Entscheidung über Art und Umfang von Kulturprojekten möglich.

Bildung und Kultur schaffen die Voraussetzung für eine eigenständige Lebensgestaltung. In der heutigen Zeit, in der „Kultur“ vorwiegend passiv über multimediale Wege konsumiert wird, müssen Möglichkeiten zum aktiven Mitmachen an Kulturprojekten geschaffen werden, damit sich Vielfalt entwickeln kann. Besonders für Jugendliche muss die Stadt Räume und finanzielle Mittel bereitstellen, in denen eigenständige Projekte ausprobiert und realisiert werden können.

### **Die Bunte Linke/DIE LINKE:**

- setzt sich ein für die Bereitstellung öffentlicher Räume und Gelder für selbstbestimmte Kulturprojekte wie die Villa Nachttanz, das Autonome Zentrum, etc.,
- setzt sich dafür ein, dass mehr Proben- und Ausstellungsräume bereitgestellt werden, nicht nur für etablierte Künstler,
- fordert die Öffnung städtischer Räume für alternative Gruppen,
- fordert, dass für das Anna-Blum-Haus rasch Ersatz geschaffen wird.

Neben der Bewahrung und Finanzierung der etablierten Kultureinrichtungen wie Museum und Theater gehört auch die Förderung von Einrichtungen und Initiativen der

---

alternativen Kulturszene und von kleineren Projekten zu den Aufgaben der Kommune.

- Die Bunte Linke/DIE LINKE fordert, dass nicht einzelne Kultureinrichtungen so stark begünstigt werden, dass andere gar nicht unterstützt werden können. Sie setzt sich für eine Mittelzuteilung ein, mit der eine Vielfalt von kulturellen Einrichtungen und Initiativen gefördert werden kann.
- Dabei dürfen Projekte oder Einrichtungen nicht nur deshalb öffentliche Mittel erhalten, weil sie schon immer gefördert wurden. Eine Qualitätskontrolle und Bedarfsprüfung sollte sicherstellen, dass sich auch neue Ansätze mit Hilfe von kommunaler Förderung entwickeln können.
- Die Bunte Linke/DIE LINKE fordert die Veröffentlichung der Verwendung der Gelder des Kulturamtes sowie die aktive Bekanntmachung der Möglichkeit, Fördergelder für Vereine und kleinere Initiativen beim Kulturamt zu beantragen.
- Einrichtungen wie der Karlstorbahnhof, das DAI, die Akademie für Ältere und die VHS müssen in ihrer Existenz gesichert werden.

Wie überall werden auch die hiesigen Kulturfestivals von Jahr zu Jahr größer und teurer. Die künstlerische Qualität gewinnt dadurch nicht unbedingt. Auch den Künstlern wird das nicht immer gerecht.

- Die Bunte Linke/DIE LINKE ist gegen ein unkontrolliertes Wachstum von Festivals und für eine Begrenzung der städtischen Zuschüsse.

Mit dem unter Beteiligung der Bunten Linken eingeführten Heidelberg-Pass soll erreicht werden, dass auch finanziell schlechter gestellte Bürger Kulturveranstaltungen und -einrichtungen besuchen können.

- Die Bunte Linke/DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle von der Stadt geförderten Einrichtungen reduzierte Eintrittspreise für Heidelberg-Pass-Inhaber anbieten und die städtische Förderung davon abhängig gemacht wird.
- Die Stadt sollte sich beim Land dafür einsetzen, dass der Zugang zum Schlosshof und zum Schlossgarten für Heidelberger gratis ist, bzw. bleibt.

## **Bildung**

Seit Heidelberg Elite-Universitätsstadt ist, gilt das Ziel, die Stadt für „die besten Köpfe“ attraktiv zu machen. Eine Stadt trägt aber nicht nur für die besten Köpfe Verant-

---

wortung - zur „Elite“ gehört laut Definition immer nur ein kleiner Teil - sondern für alle Bewohner mit den verschiedensten Begabungen und Interessen. Eine Stadt sollte im Rahmen ihrer Möglichkeiten Bildung für alle gleichermaßen zugänglich machen (→ *Kinder*).

Nicht zuletzt durch das Elite-Denken erleben wir heute, dass die Gesellschaft immer weiter auseinander fällt. Wer nicht zu den Besten gehört, scheint nichts wert zu sein und kein Recht auf einen selbstbestimmten Platz in der Gesellschaft zu haben. Zudem werden diejenigen, die nicht zu den finanziell Bessergestellten gehören, durch Studiengebühren vom Zugang zu Bildung ausgeschlossen. Den gleichen Effekt hat auch die zunehmende Zahl der Privatschulen, für die Schulgeld bezahlt werden muss. Sie bieten eine Ausbildung, die eigentlich an öffentlichen Schulen zu finden sein sollte.

Durch die Trennung in Haupt-, Realschule und Gymnasium werden Kinder und Jugendliche schon früh – und zu oft nur auf Grund ihres familiären Hintergrunds – „sortiert“ in diejenigen, die auf eine bessere Arbeits- und Lebenssituation hoffen dürfen und auf der anderen Seite diejenigen, denen dieser Weg versperrt ist.

Die Schule hat nicht nur die Aufgabe Wissen zu vermitteln, sondern vor allem treffen hier Schüler mit Gleichaltrigen aus unterschiedlichen sozialen Gruppen und mit unterschiedlichen Begabungen zusammen und können so im Klassenverband voneinander und miteinander lernen. Ein möglichst langer gemeinsamer Schulbesuch ist deshalb wünschenswert. Dabei müssen zusätzlich die Voraussetzungen geschaffen werden, besondere Begabungen zu fördern und andererseits Unterstützung bei Lernproblemen zu geben.

Das Zusammenlegen der Hauptschulen in Heidelberg aus rein rechnerischen Gründen, zeigt, dass die Schulen vor allem wie ein Wirtschaftsbetrieb verwaltet werden. Dabei wird keine Rücksicht auf die notwendige räumliche Bindung und wohnortnahe Betreuung genommen, die besonders für Hauptschüler wichtig ist. Mit Ganztagschulen in einem Gesamtschulkonzept wäre den Schülern besser geholfen.

Obwohl in Bildungsfragen letztlich das Land entscheidet, hat die Stadt doch einen weit reichenden Spielraum, den sie nutzen sollte, um die Voraussetzungen für Bildung für alle zu schaffen. Zusätzliche Pädagogen und Sozialarbeiter an die Schulen zu holen, ist ein guter Anfang, ebenso die Sanierung der Schulgebäude. Nur dürfen diese Mittel zur Sanierung nicht, wie im Gemeinderat beschlossen, ab 2012 auf die Hälfte reduziert und im Neckarufertunnel verbaut werden.

---

**Die Bunte Linke/DIE LINKE setzt sich dafür ein,**

- dass die Stadt ausreichend Mittel zur Sanierung der Schulgebäude und zur kontinuierlichen Instandhaltung und Ausstattung auch über 2012 hinaus bereitstellt,
- dass Aufenthalts- und Freizeiträume sowie Kantinen für Schüler mit Ganztagsunterricht rasch an allen Schulen eingerichtet werden,
- dass in allen Schulen Bibliotheken aufgebaut werden,
- dass weitere Schulen, zunächst alle Grundschulen zu (teilgebundenen) Ganztagschulen weiterentwickelt werden,
- dass eine weitere integrierte Gesamtschule beantragt wird,
- dass zusätzliche Lehr- und Betreuungskräfte eingestellt werden und die Schulsozialarbeit ausgeweitet wird, damit die Schüler in ihren unterschiedlichen Begabungen unterstützt werden können - derzeit tritt die Stadt finanziell in Vorleistung, grundsätzlich sollte aber das Land die Kosten für schulische Maßnahmen tragen,
- dass der Förderungsschwerpunkt auf öffentliche Schulen gelegt wird, damit sie in Ausstattung und Pädagogik eine Qualität erreichen, die die Nachfrage nach Privatschulen nicht weiter steigen lässt,
- dass die Stadt die Verantwortung für die Schulen nicht durch ÖPP-Projekte (öffentlich- private Partnerschaften) aus der Hand gibt, wie jetzt für die Internationale Gesamtschule Heidelberg geplant. Denn die bisherigen ÖPP-Projekte zeigen, dass dies nur eine kurzfristige finanzielle Entlastung bedeutet, jedoch neben dem Verlust der Gestaltungsmöglichkeit deutlich höhere Belastungen in der Zukunft mit sich bringt.

## Demokratie

**Die Wahlliste „Bunte Linke/DIE LINKE“ steht für eine Stadtpolitik, die nicht über die Köpfe der Menschen hinweg regiert. Sie steht für eine intensive Beteiligung der Bürger an stadtpolitischen Entscheidungen.**

### Wir fordern:

- ein gläsernes Rathaus und Akteneinsicht für den einzelnen Bürger, soweit nicht schützenswerte Belange anderer Bürger betroffen sind,
- Bürgerversammlungen zu wichtigen Angelegenheiten müssen stattfinden, z.B.
  - beim Verkauf vom Teilen städtischer Gesellschaften,
  - bei Bebauungsplänen, die erheblichen Einfluss auf die Struktur der Stadt oder des Stadtteiles haben (so in der Bahnhofstraße)
  - bei anderen wichtigen Planungen (Einkaufszentrum in der Altstadt, neues Kongresszentrum an der Stadthalle),
- Räume für kulturelle und politische Begegnungen und Diskussion in den Stadtteilen,
- öffentlichen Raum als Forum zum Meinungs austausch,
- das öffentliche Bekanntmachen von Anträgen und Vorlagen für den Gemeinderat bereits bei der ersten Behandlung in einem Ausschuss, damit sie in der Bürgerschaft diskutiert werden können und die Bürger ihren Stadträten ihre Bedenken und Anregungen vortragen können,
- Tonträgerprotokolle der öffentlichen Gemeinderatssitzungen den Bürgern in geeigneter Form zugänglich zu machen (online-Zugang; Möglichkeit im Rathaus, sie anzuhören) und die Überprüfung der Möglichkeit, Gemeinderatssitzungen während ihres Verlaufes über die Internetseite der Stadt zu übertragen,
- wesentliche Abstimmungen im Gemeinderat namentlich durchzuführen und die Abstimmungsergebnisse an leicht zugänglicher Stelle zu veröffentlichen, um es den Bürgern zu ermöglichen, das Abstimmungsverhalten der Stadträte nachzuvollziehen,
- für alle Stadträte Einsichtsrecht in Unterlagen beim Abschluss von Verträgen der städtischen Gesellschaften, nicht nur für Mitgliedern der Aufsichtsräte,

- 
- die Direktwahl der Bezirksbeiräte, deren Zuständigkeit für Aufgaben im jeweiligen Stadtteil und ihre Einbeziehung in Haushaltsberatungen; dazu gehört, dass Bezirksbeiräte eine erneute Beratung im Gemeinderat für Stadtteilangelegenheiten verlangen können,
  - vereinfachte Verfahren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in der Hauptsatzung der Stadt zu verankern
  - einen eigenen Bezirksbeirat für die Südstadt,
  - das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger.

In Baden-Württemberg ist das Quorum für ein erfolgreiches Bürgerbegehren und einen erfolgreichen Bürgerentscheid erheblich höher als in anderen Bundesländern. Die CDU/FDP Landesregierung in Stuttgart hat sich bislang allen Anträgen verweigert, das Quorum auf ein angemessenes Niveau zu senken. .

Auf Bundes- und Landesebene unterstützen wir die Initiative "Mehr Demokratie", die für die Einführung des Volksentscheides auf Bundesebene und die Erleichterung des Bürgerentscheides auf Landesebene und in der Kommune eintritt (Mehr Demokratie e.V., Bundesbüro, Fritz-Bene-Str.1, 81241 München, e-mail: bundesbüro@mehr-demokratie.de, www.mehr-demokratie.de).

## ***Bürgerinteresse***

Die Gründung von vielen neuen Bürgerinitiativen in den letzten beiden Jahren ist eine Folge der Missachtung von Bürgerwillen - zum Teil sogar von Bürgerrechten - durch den Oberbürgermeister und den Gemeinderat. Beispiele solcher Initiativen sind:

### ***BÜNDNIS FÜR DEN EMMERTSGRUND***

Das *Bündnis für den Emmertsgrund* erzwang mit 15.000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren im Sommer 2008 einen Bürgerentscheid, der – in der Sache erfolgreich, trotz des nicht erreichten hohen Quorums von 25% aller Wahlberechtigten - den Verkauf von 610 Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft im Emmertsgrund verhinderte. Stadtweit waren 82,3% der abgegebenen gültigen Stimmen für den Erhalt der städtischen Wohnungen, also gegen ihren Verkauf. So viele Bürger wollten, dass die Stadt auch in Zukunft die Verantwortung für diese Sozialwohnungen trägt. Der Bürgerentscheid hat den Bewohnern des Emmertsgrundes die Solidarität der übrigen Heidelberger Bürger gezeigt. Dies hat dazu beigetragen, dass die soziale und städtebauliche Entwicklung auf dem Emmertsgrund wieder im Gemeinderat diskutiert wird und künftig mehr städtische Mittel für den Emmertsgrund bereit gestellt werden.

Getragen wurde das Bürgerbegehren vom *Bündnis für den Emmertsgrund*, zusammengesetzt aus Bürgerinnen und Bürgern sowie aus sozialen und politischen Organisationen, darunter Gewerkschaften, Mieterverein, Stadtteilvereine Emmertsgrund und Boxberg, SPD, Bunte Linke und DIE LINKE, später auch von der GAL.

### ***BÜRGERINITIATIVE „LEBENDIGE BAHNHOFSTRASSE“***

Die *Bürgerinitiative „Lebendige Bahnhofstraße“* wurde von Weststädter Bürgern gegründet, die die massive Nachverdichtung und die Umgestaltung in der Kurfürstenanlage/ Bahnhofstraße ablehnen. Die Bunte Linke hatte schon vor der Offenlage des Bebauungsplanentwurfs durch ein Flugblatt auf diese Pläne hingewiesen.

Der preisgekrönte Entwurf aus dem städtebaulichen Wettbewerb wurde gegen den Willen der Bürger in einen Bebauungsplan umgearbeitet, bei dem der private Investor und das Land Baden-Württemberg die wesentlichen Elemente diktierten. Dies fand überwiegend hinter verschlossenen Türen statt. Oberbürgermeister und Gemeinderatsmehrheit ließen sich die Planungshoheit aus der Hand nehmen. Wesentliche Interessen der Bürger bleiben unberücksichtigt: angemessene Gebäudehöhe, bessere Aufenthaltsqualität, Grünflächen und Erhalt der Bäume.

---

Die Bürgerinitiative hat über 3.000 Unterschriften gegen die vorgesehene Neubebauung gesammelt und eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen vorgelegt, die der Stadtverwaltung und dem Großteil des Gemeinderats keinerlei Beachtung wert waren. Die gewachsene Struktur der Weststadt wird jetzt gegen den Protest von Bürgern aus allen politischen Lagern rücksichtslos zerstört.

Neben unabhängigen Bürgern arbeiten auch Mitglieder des *Stadtteilvereins West-Heidelberg*, der *Zukunftswerkstatt Weststadt*, Mitglieder der SPD-Weststadt, der GAL und der Bunten Linken in der *Bürgerinitiative „Lebendige Bahnhofstraße“* mit.

### *INITIATIVE LEBENSWERTE ALTSTADT (ILA) UND BÜRGER-INITIATIVE ERWEITERUNGSBAU STADTHALLE STOPP (BIEST)*

Die *ILA* steht für eine lebenswerte Altstadt. Die Altstadt ist das kulturelle und historische Herz Heidelbergs, in dem sich jeder – insbesondere die dort lebenden Menschen – wohlfühlen soll. Die *ILA* kämpft darum, dass dieses Ensemble nicht durch wirtschaftliche Interessen zerstört wird. Ausgangspunkt für die Gründung der *ILA* waren der geplante Verkauf der Gaststätte Essighaus - politischer und kultureller Treffpunkt vor allem der Altstädter - und die Pläne zum Bau eines großen Einkaufszentrums entlang der Theaterstraße unter Einbeziehung der Grund- und Realschule in der Plöck. Das Essighaus konnte gerettet werden. Die Größe des Einkaufszentrums in der städtischen Planung wurde verringert. Dennoch sind die derzeitigen Pläne, denen zufolge unter anderem eine Überbauung des Theaterplatzes droht, aus Sicht der Bürgerinitiative und des Wahlbündnisses Bunte Linke/DIE LINKE nicht mit der historischen Altstadt verträglich. Weitere Bauvorhaben, die massiv in den Bestand und das Erscheinungsbild der Altstadt eingreifen, sind in Planung: Theatersanierung, Kauf- und Wohnhaus auf dem Parkplatz Friedrich-Ebert-Anlage, Umbau der Stadthalle - hiergegen engagieren sich die Mitglieder der Bürgerinitiative *BIEST!* - und nicht zuletzt: Der Neckarufertunnel (auch hier gibt es zunehmenden Widerstand). Diese Vorhaben würden historische Bausubstanz, die Einheit des Stadtbildes und Freiflächen in der Altstadt vernichten.

### *INITIATIVE STADTERHALTUNG: BAUVORHABEN DER STÄDTISCHEN GESELLSCHAFT FÜR GRUND UND HAUSBESITZ (GGH)*

Die *Initiative Stadterhaltung* entstand in Zusammenhang mit den geplanten Sanierungsmaßnahmen der GGH bei der Blauen Heimat, der Nachverdichtung in der Beethovenstraße in Handschuhsheim, in Schlierbach am Maisenbachweg, der Oberen und Unteren Seegasse in Kirchheim sowie bei der Sanierung von Wieblingen-Ost. In all diesen Fällen geht die GGH nach dem gleichen Schema vor: Alte Häuser und Gärten, die teilweise unter Denkmalschutz stehen, werden durch Abriss und

---

massive Neubebauung unwiederbringlich zerstört. Die jeweiligen Bewohner und Anlieger haben keine Chance, Einfluss zu nehmen.

Beispiel Beethovenstraße: Gegen die von der GGH geplante intensive Nachverdichtung von 19 zusätzlichen Häusern in den alten Gärten, haben sich die empörten Anwohner mit Unterstützung des Handschuhsheimer Bezirksbeirates und der *Interessengemeinschaft Handschuhsheim (IGH)* erfolglos gewehrt. Im Sommer 2007 beschloss eine große Mehrheit im Gemeinderat diese massive Bebauung. Das von viel Grün geprägte Quartier verliert dadurch seinen einzigartigen Charakter.

Beispiel Wieblingen-Ost: Hier plant die GGH den Abriss von 41 teilweise denkmalgeschützten Häusern aus den 1920er und 1950er Jahren. Eine Begehung mit einem Baufachmann ergab, dass die Bausubstanz der Häuser grundsätzlich in Ordnung ist, wenn auch der aktuelle Zustand teilweise eine mehr oder weniger starke Vernachlässigung erkennen lässt. Die *Initiative Stadterhaltung* kämpft für eine Sanierung der Wohnungen in Form von Wärmedämmmaßnahmen an Außenwänden und Dächern sowie durch Einbau von Badezimmern anstelle von Abriss und Neubau mit dreimal so hohen Kosten. Die alteingesessenen Mieter sollen auch weiterhin die Möglichkeit haben, dort kostengünstig zu wohnen

Der Abriss der Blauen Heimat in Handschuhsheim wurde durch ein Aktionsbündnis von Handschuhsheimer Bürgern, dem Stadtteilverein Handschuhsheim, der IGH und den Bürgern für Heidelberg verhindert. Mitglieder der Bunten Linken waren daran aktiv beteiligt. Ähnliches gilt für die kritische Begleitung von Bauvorhaben der GGH in der Beethovenstraße-Ost, in Wieblingen-Ost und in Schlierbach.

### *RUNDER TISCH DER BÜRGERINITIATIVEN*

Die gewählten Vertreter der Bürgerschaft scheinen die berechtigten Interessen der Menschen in Heidelberg nicht mehr wahrzunehmen. Unüberlegte und rücksichtslose Planungen, die sich ausschließlich an wirtschaftlichen Interessen orientieren, drohen Heidelberg zu einer uninteressanten Allerweltsstadt zu machen, in der sich am Ende weder ihre Bewohner noch die Touristen wohlfühlen können.

Die Großprojekte, die seit Amtsantritt von Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner über die Köpfe der Betroffenen hinweg initiiert wurden, werden von der bisherigen Gemeinderatsmehrheit rigoros durch- und umgesetzt. Sie drohen das weltberühmte Stadtbild zu zerstören und nehmen den dort lebenden Menschen Licht, Luft und Raum.

Deshalb haben sich im Sommer 2008 mehrere Bürgerinitiativen zum *Runden Tisch der Bürgerinitiativen* zusammengeschlossen, um eng zusammenzuarbeiten und die Bürgerinteressen mit mehr Nachdruck in der Verwaltung, beim Gemeinderat und in der Öffentlichkeit zu vertreten. Regelmäßig treffen sich seitdem „alte Hasen“ des

---

bürgerschaftlichen Engagements (Vertreter der *IGH, Bürger für Heidelberg*) mit den neu gegründeten Bürgerinitiativen.

Der *Runde Tisch* plädiert für eine neue basisdemokratische Kultur. Die Bürgerinnen und Bürger sollen nicht mehr nur als Stimmvieh bei Wahlen verstanden werden und danach ohne weitere Mitsprachemöglichkeit die Folgen einer verfehlten Stadtpolitik ertragen müssen, der jede Nachhaltigkeit fehlt. Der *Runde Tisch* stellt den Partikularinteressen von Großinvestoren und Wirtschaft die Interessen der jeweils direkt betroffenen Menschen entgegen. Er setzt sich für mehr direkte Demokratie in Heidelberg ein und fordert, dass die betroffenen Bürger in die jeweiligen städtischen Planungen direkt eingebunden werden.

Diese Praxis des Ignorierens von Bürgerinteressen führt zu Politik- und Politikerverdrossenheit. Es ist unverzichtbar, mehr Öffentlichkeit herzustellen und für ein verstärktes Interesse und die Mitwirkung breiter Teile der Heidelberger Bevölkerung an den politischen Entscheidungsprozessen zu sorgen. Dies geschieht am sinnvollsten durch Unterstützung von Initiativen, die genau hier ansetzen.

**Bunte Linke/DIE LINKE** sieht in den Bürgern, die sich in Bürgerinitiativen engagieren, besonders wache, an ihrer Stadt interessierte Menschen. Es gibt für uns allen Grund, die Bürgerinitiativen und die dort mitarbeitenden Menschen ernst zu nehmen und sie mit aller Kraft zu unterstützen.

**Wir fordern:**

- Bürgerinitiativen die städtischen Gebühren für die Nutzung des öffentlichen Raums zu erlassen (z.B. für Infostände, Plakatierung von Veranstaltungen) und ihnen kostenlos städtische Räume für ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen.

## Stadtentwicklung und Regionalplanung

Die Stadt ist in den letzten Jahrzehnten erheblich gewachsen, nicht die Zahl der Einwohner, aber die Zahl der Arbeitsplätze und die Siedlungsfläche. Dieses Wachstum stößt inzwischen an ökologische Grenzen. Hinter dem Ziel „Wachstum“ steht die Vorstellung, dass allein dadurch eine Stadt und die Lebensverhältnisse ihrer Bürger positiv gestaltet werden können.

Ist es sinnvoll, möglichst viele Arbeitsplätze der Region in Heidelberg zu konzentrieren? Oder ist es nicht besser, die Arbeitsplätze in der Nähe der Wohnorte zu belassen oder dort anzusiedeln? Inzwischen arbeiten mehr als doppelt so viele Menschen in Heidelberg, wie hier Berufstätige wohnen. Trotzdem ist die Arbeitslosenquote in Heidelberg genauso hoch wie in der Region. Kein Wunder - sie ist ein Problem der Struktur des Arbeitsmarktes und der Konjunktur. Die Konzentration von Arbeitsplätzen in einer Stadt schafft keine neuen Arbeitsplätze, sie verlagert sie lediglich. Zusätzliche Arbeitsplätze entstehen im regionalen Rahmen nur, wenn Unternehmen aufgrund besserer Absatzmöglichkeiten ihre Produktion oder ihr Dienstleistungsangebot erhöhen – oder wenn die Arbeitszeit verkürzt wird. (→ *Städtische Wirtschaftsförderung*)

### **Die Folgen einer allein an Wachstum orientierten Politik werden übersehen:**

- Es müssen ständig neue Gewerbeflächen ausgewiesen werden, ohne Rücksicht darauf, welche Auswirkungen die Bebauung auch der letzten Freiflächen auf die Lebensqualität in der Stadt hat.
- Die Zahl an Einpendlern steigt. Lärm und Abgasbelastung führen zu einer Verschlechterung der Wohn- und Umweltbedingungen.
- Eine große Zahl der hier Arbeitenden würde gerne auch in Heidelberg wohnen. Auch deshalb ist Wohnraum in Heidelberg knapp und teuer.

### ***Stadtentwicklung heißt Umweltgestaltung***

Heute muss es vor allem darum gehen, eine Stadt- und Regionalentwicklung zu betreiben, die nachhaltig ist und unsere Ressourcen an Landschaft, Freiraum, Natur, Luft und Wasser erhält. Die Stadtentwicklung muss umfassende Umweltgestaltung sein.

---

Dies bedeutet für Heidelberg: Es gibt keine großen, unbebauten Flächen mehr, die für neue Wohn- und Arbeitsgebiete ausgewiesen werden können, ohne erhebliche ökologische Schäden zu verursachen. Die Zahl der Wohnungen, die in Heidelberg noch gebaut werden können, ist begrenzt. Lediglich mit der Bahninsel und dem ehemaligen Rangierbahnhof (Bahnstadt) steht noch ein größerer, neu bebaubarer innerstädtischer Bereich zur Verfügung, auch für Gewerbefläche. Für die Bestandspflege des Gewerbes und zur Umstrukturierung aufgrund veränderter Nachfrage müssen brach liegende Gewerbeflächen wieder einer Verwendung zugeführt werden.

## **Wohnen**

Die Versorgung der Menschen mit Wohnraum liegt in der Verantwortung der Stadt. Ein Ziel muss es sein, keine isolierten Wohnviertel zu fördern, sondern funktionierende Wohneinheiten mit entsprechender Infrastruktur zu schaffen, um ein lebendiges Zusammenleben zu ermöglichen. Dazu gehören: öffentliche Einrichtungen (Spielplätze, Bürgersäle, Jugendzentren, etc.), Einkaufsmöglichkeiten, Verkehrsanbindung an das Stadtzentrum und an andere Stadtteile sowie Möglichkeiten zur Gewerbeansiedlung. Ghettoisierung oder „Segregation“, d.h. einseitige Ausrichtung auf eine soziale Gruppe, muss unbedingt vermieden werden, stattdessen sollte ein Zusammenleben von Jung und Alt, von verschiedenen sozialen Gruppen angestrebt werden. Die Segregation im Bereich der südlichen Stadtteile (Emmertsgrund, Boxberg, Rohrbach, Kirchheim) muss schrittweise überwunden werden.

### **Unsere Grundsätze sind:**

- Allen Bürgerinnen und Bürgern muss es unabhängig von ihrer sozialen Lage möglich sein, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die städtische Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz (GGH) hat die Aufgabe, gerade für diejenigen, die auf dem freien Wohnungsmarkt keine Wohnung finden, Wohnraum zur Verfügung zu stellen.
- Wir wenden uns gegen das Programm 2015 der GGH, mit dem die Gesellschaft über 1.000 kostengünstige Wohnungen abreißen und durch teurere Neubauten ersetzen will. Besser sollen diese Wohnungen einfach saniert, aber energietechnisch verbessert werden. Damit können die niedrigen Mieten beibehalten werden und die Bewohner in ihrem Quartier wohnen bleiben. Die GGH-Siedlungen sind nicht einfach nur Immobilien, sondern auch gewachsene soziale Einheiten, die in dieser Form unbedingt erhalten werden müssen. Bei der Blauen Heimat in Handschuhsheim ist es durch den Einsatz des Stadtteilvereins, der Interessengemeinschaft Handschuhsheim und der Bür-

---

ger für Heidelberg, aber auch dank des Bunte-Linke-Stadtrates gelungen, den Abriss zu verhindern (→ Stadtentwicklung, → Demokratie und Bürgerinteresse).

- Planungen und Fördermaßnahmen von Wohnbebauung sind nach sozialen Kriterien auszurichten.
- Bewohnern sind alle Rechte und Pflichten einzuräumen, um ihre Wohnsituation und ihr Wohnumfeld mitgestalten zu können.
- Die Bedürfnisse von Alleinerziehenden und kinderreichen Familien, aber auch die älterer Menschen sind bei Planungen zu berücksichtigen. Gemeinsames Wohnen, beispielsweise von Alt und Jung, von Pflegebedürftigen und Gesunden, soll gefördert werden. Selbstverwaltete und experimentelle Wohnformen, insbesondere auch Wohngruppen, sind zu unterstützen
- Bei Um- und Neubauten ist auf energiesparende und ökologische Bauweise zu achten
- Bauen im innerstädtischen Bereich ist grundsätzlich der Erschließung neuer Baugebiete vorzuziehen. Eine solche „Nachverdichtung“ darf allerdings nur in Bereichen stattfinden, in denen ihr keine übergeordneten Gesichtspunkte der örtlichen Siedlungsstruktur, des Denkmalschutzes, des Lokalklimas und des Naturschutzes entgegenstehen.
- An größeren neuen Siedlungsgebieten können unter ökologischen Gesichtspunkten nur noch die Bahnstadt und die amerikanischen Siedlungen entwickelt werden. In der Bahnstadt wurden die Chancen für kostengünstigen, aber auch für qualitätvollen Wohnungsbau mit der Übertragung der Entwicklung an die privatwirtschaftlich dominierte Entwicklungsgesellschaft Heidelberg (EWH) vertan (→ Stadtentwicklung; Bahnstadt). Nach dem Abzug der amerikanischen Streitkräfte wird es eine wichtige Aufgabe der Stadt sein, deren Wohnsiedlungen in Quartiere mit kostengünstigen Wohnungen umzuwandeln und in die Stadt zu integrieren (→ Stadtentwicklung; Amerikanische Siedlungen).

#### **Unsere Forderungen sind:**

- Unterstützende Maßnahmen für die Instandhaltung von bezahlbarem Wohnraum,
- Keine Umwandlung von stadteigenen preisgünstigen Mietwohnungen in Eigentumswohnungen - allenfalls Verkauf an die bisherigen Mieter,

- 
- Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen sind kleinteilig und unter Beteiligung der Mieter durchzuführen (s.a. Antrag der Bunten Linken im Gemeinderat „Grundsätze bei der Sanierung von Wohnungen der GGH“),
  - dem sozialen Gefälle zwischen und in den Stadtteilen ist entgegenzuwirken,
  - Förderung von Baugruppen und experimentellen Wohnformen,
  - Unterstützung von Modellprojekten für ökologisches, energie- und ressourcensparendes Bauen, unentgeltliche Planungshilfen solcher Vorhaben durch die Stadt,
  - einer Privatisierung der GGH oder von Teilen ihres Bestandes treten wir entschieden entgegen. Wir haben uns intensiv am Bürgerbegehren zum Erhalt der städtischen Wohnungen auf dem Emmertsgrund beteiligt (→ Sozialprogramm, → Bürgerinteressen und Demokratie).

### ***Arbeiten, Wohnen und Freizeit in der Stadt und den Stadtteilen***

Nicht nur in der Region, auch innerhalb Heidelbergs muss eine Ausgewogenheit der einzelnen Funktionen eines Stadtteils angestrebt werden. Ziel muss es sein, eine weitgehende Bedarfsdeckung für alle Lebensbereiche in direkter Wohnumgebung zu erreichen. Die Entwicklung der Altstadt zum Rummelplatz des Tourismus, die Konzentration von Arbeitsplätzen in Bergheim und im Neuenheimer Feld und der Bau des Emmertsgrundes als reine Wohnstadt waren falsch. Im Bereich der Bahnstadt besteht heute die große Chance, einen Stadtteil mit ausgewogener Funktionsmischung zu entwickeln.

### ***Verkehr***

Der motorisierte Individualverkehr hat in den letzten Jahren in Heidelberg deutlich zugenommen. Der Verkehr ist zu mehr als einem Drittel am CO<sub>2</sub>-Ausstoß in der Stadt beteiligt. Die Belastung mit Krebs verursachendem Feinstaub, mit Stickoxiden und durch den Verkehrslärm an den Hauptverkehrsachsen ist erheblich. Zeitweise kommt es zu Verkehrsinfarkten in der Innenstadt. Die Energieressourcen werden weltweit knapper, Kraftstoff teurer. Mit zunehmendem Anteil an älteren Menschen wächst auch die Zahl derer, die individuell weniger mobil sind.

---

**Deshalb ist eine Verkehrspolitik, die sich konsequent an ökologischen und sozialen Kriterien orientiert, nötiger denn je. Die Bunte Linke/DIE LINKE fordert:**

- eine Politik, die dem öffentlichen Personennahverkehr und dem Fahrrad- und Fußgängerverkehr Vorrang einräumt und für eine konsequente Förderung sorgt,
- eine Politik, die den Autoverkehr vor allem in der Innenstadt und in Wohnbereichen begrenzt und für die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer sorgt.

Anstatt an teuren Straßenbauprojekten festzuhalten, die ökologisch nicht sinnvoll sind (Neckarquerung, Neckarufertunnel), müssen die verfügbaren Mittel konsequent für den Ausbau des Straßenbahnnetzes in die Altstadt, das Neuenheimer Feld, nach Nußloch-Walldorf, Sandhausen und Schwetzingen sowie für ein engmaschiges und sicheres Fuß- und Radwegenetz verwendet werden. Das Konzept hierfür liegt mit dem Verkehrsentwicklungsplan schon lange vor. Davon ist allerdings seit seiner Verabschiedung vor eineinhalb Jahrzehnten kaum etwas umgesetzt worden.

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss für die Nutzer kostengünstig sein und kurze Taktzeiten aufweisen. Die Nachttaxen und Nachtbuslinien müssen erhalten bzw. ausgeweitet werden. Dies gilt insbesondere für die peripheren Stadtteile wie Kirchheim-West, Boxberg, Emmertsgrund, Ziegelhausen und Schlierbach. Auch bei der S-Bahn bedarf es einiger Verbesserungen in der Häufigkeit der Verbindungen, insbesondere nachts.

Ein engmaschiges, flächendeckendes Nahverkehrsnetz ist auch für das Zusammenleben und den Austausch auf kultureller und gesellschaftlicher Ebene wichtig. Es beugt vor allem einer Ausgrenzung und Vereinsamung von weniger mobilen Gruppen unserer Stadt, wie Behinderten und alten Menschen, vor.

Ziel muss es sein, die Tarife mittelfristig zu senken, zumindest stabil zu halten. Für Arbeitslose, Geringverdiener und finanziell Schwache muss ein "Sozialticket" in Zusammenhang mit dem Heidelberg-Pass eingeführt werden.

Neben einer Verbesserung des Angebotes im öffentlichen Personennahverkehr und an Fuß- und Radwegen muss auch die Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt konsequent umgesetzt werden, der Bau weiterer Parkhäuser ist nicht vertretbar. Auch hierzu hat der Verkehrsentwicklungsplan die entsprechenden Vorgaben gemacht. Unverzichtbar ist eine Ausweitung der Jobticket-Angebote, nicht zuletzt für alle Universitätsangestellten.

Bei der neuen rechtlichen Organisationsform des öffentlichen Personennahverkehrs im Verkehrsverbund muss dafür Sorge getragen werden, dass die Kontrolle über die Leistungen und Tarife beim Gemeinderat verbleibt. Eine Privatisierung dieses Bereiches kommt für uns nicht infrage.

**Die Bunte Linke/DIE LINKE steht deshalb für:**

- eine konsequente und rasche Umsetzung des an sozialen und ökologischen Gesichtspunkten ausgerichteten Verkehrsentwicklungsplanes,
- eine Taktverdichtung und Ausweitung der Bedienung im öffentlichen Personennahverkehr,
- keine Erhöhung der Nahverkehrstarife,
- für Arbeitslose, Geringverdiener und finanziell Schwache ein "Sozialticket" in Zusammenhang mit dem Heidelberg-Pass,
- sofortigen Stopp der Planung und Umsetzung von großen Straßenbau-, Tunnel- und Parkraumprojekten,
- Bereitstellung verfügbarer Mittel für den Ausbau des Schienennetzes und von sicheren Fuß- und Radwegen,
- Verbleib des Personennahverkehrs in öffentlicher Hand.

## ***Stadtentwicklung heißt auch Regionalplanung***

Die wesentlichen Aufgaben der Stadtentwicklung können nicht mehr innerhalb der Gemarkungsgrenzen einer Stadt oder Gemeinde gelöst werden - das Potenzial der gesamten Region ist hierfür nötig. Die großen Zentren - die Städte - haben die Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit erreicht; bauliche Erweiterungen großen Umfangs können nicht mehr stattfinden. Zur Beseitigung von Fehlentwicklungen und zur Verbesserung der Lebensqualität müssen alle Gemeinden unserer Region im Nachbarschaftsverband und im Raumordnungsverband wirksamer zusammenarbeiten.

### *REGIONALER ÖFFENTLICHER NAHVERKEHRSVERBUND*

Voraussetzung für dieses Zusammenwirken ist der Auf- und Ausbau eines leistungsfähigen Nahverkehrsnetzes - nicht nur für Personen, sondern auch für Güter: ein Verbundsystem von Straßenbahn, Schnellbahn und Buslinien. Um diesem Nahverkehrsverbund eine Chance zu geben, müssen alle Investitionen im Verkehrsbe- reich hier konzentriert werden. Das bedeutet: zusätzliche Straßen können nicht ge- baut werden

### *ARBEITEN UND WOHNEN IN DER REGION*

Der Wohnungsmangel muss im Zusammenwirken der gesamten Region behoben werden. Die Arbeitsplätze müssen nahe bei den Wohnungen angesiedelt werden. Der verbleibende Pendlerverkehr muss weitestgehend auf den öffentlichen Nahverkehr verlagert werden.

Heidelberg kann nicht weiter Wirtschaftsförderung im Alleingang betreiben. Auf der Ebene des Nachbarschaftsverbandes und des Raumordnungsverbandes müssen sanfte Lösungen der Entwicklung gefunden werden. Der Bedarf an Arbeitsplätzen und Wohnungen, die Reserven für Gewerbeansiedlung und Wohnungsbau müssen regional ermittelt werden. Ziel ist, die Lebensqualität und die Umwelt zu schützen bzw. zu verbessern.

## ***Bereiche der Stadt, in denen besondere Aufgaben anstehen***

### *ALTSTADT*

Die Altstadt ist das historische und urbane Zentrum der Stadt. Ihr Reiz und ihre Anziehungskraft auf Heidelberger und Touristen liegen vor allem darin, dass das kultur- und kunsthistorische Ensemble der Altstadt größtenteils erhalten blieb. Lediglich in den 1960er und 1970er Jahren sind größere Einbrüche erfolgt: Weinbrennerbau, Parkhaus Kornmarkt, Triplex-Mensa, zusammen mit dem Bau eines Kranzes von Parkhäusern um die Altstadt. Die kleinteiligen, gewachsenen Strukturen weisen eine vielfältige Nutzung auf: Wohnen, Wissenschaft, Kultur, Dienstleistungen und Verwaltung. Gerade dies macht die Altstadt zu einem bunten, lebendigen und attraktiven Stadtteil für Bewohner, Besucher und Beschäftigte.

Es entstehen hierdurch vielfältige Konflikte, die durch eine „Überlastung“ einzelner Altstadtbereiche durch bestimmte Nutzungen entstehen. Das Tourismus-Leitbild und der Stadtteilrahmenplan, die der Gemeinderat beschlossen hat, waren oft genug nicht Richtschnur für Einzelentscheidungen. Die Tiefgarage unter dem Ebert-Platz mit dem Verlust des alten Baumbestandes widerspricht nicht nur der Forderung, das Grün in der Altstadt zu erhalten und die Zahl der Parkplätze auf ein Mindestmaß zu beschränken, sondern auch den Zielen des Verkehrsentwicklungsplanes, der im Innenstadtbereich keine neuen Tiefgaragen, sondern eine konsequente Parkraumbewirtschaftung vorsieht.

Die Planung des Oberbürgermeisters und die jüngsten Beschlüsse des Gemeinderates zielen auf eine verstärkte Vermarktung der Altstadt. Dies betrifft vor allem ein neues Einkaufszentrum in der Theaterstraße und den Ausbau der Stadthalle zum Kongresszentrum. Bereits jetzt ist die Altstadt durch Tourismus und Einzelhandel funktionell überlastet. Beides beeinträchtigt die Qualität des Wohnens und die Funktion der universitären Einrichtungen. Vor allem aber zerstören weitere Bauten dieser Art die historische Substanz der Altstadt und damit ihre Atmosphäre und ihr Flair. Eine Altstadt, die ihre Einzigartigkeit verloren hat, wird schließlich auch für Touristen und Einzelhandelskunden kein interessantes Ziel mehr sein. Wir lehnen beide Projekte ab.

Die Hauptstraße wird durch die exorbitanten Mieten zunehmend zur Meile mit Billiganbietern und Kettenläden. Dem kann nicht mit einem „Einkaufsmagneten“ in der Theaterstraße entgegengewirkt werden. Hier muss die Stadt eine umsichtige Immobilienpolitik betreiben und alle öffentlich- und privatrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um diese Entwicklung umzukehren.

---

Die fortwährende Zunahme von Gaststätten vor allem in der östlichen Altstadt beeinträchtigt die Wohnqualität erheblich. Hier muss ein Bebauungsplan Abhilfe schaffen, der für wesentliche Bereiche die Priorität der Wohnfunktion festschreibt.

Ein autofreies Neckarufer ist eine schöne Vision, sie lässt sich allerdings mit einem Neckarufertunnel kaum realisieren. Der geplante Tunnel beseitigt den Autoverkehr nicht, sondern legt lediglich den Durchgangsverkehr für ein kurzes Stück unter die Erde. Es bleiben mindestens 4.500 Autos pro Tag, die nach wie vor das Neckarufer befahren, um in die Altstadt zu kommen oder sie zu verlassen. Das Neckarufer wäre nur auf wenige hundert Meter wirklich autofrei. Zudem wäre dieser Tunnel extrem teuer: Er würde 200-300 Mill. Euro an öffentlichen Geldern verschlingen und ganz wesentlich dazu beitragen, die Verschuldung der Stadt in den nächsten fünf Jahren zu verdoppeln. Es gibt bessere und vor allem preiswertere Lösungen: Verlagerung des Durchgangsverkehrs auf Umgehungsstraßen und Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, u.a. durch eine Straßenbahnlinie in die Altstadt.

### *AMERIKANISCHE SIEDLUNGEN*

Mit dem Abzug der Amerikanischen Streitkräfte aus Heidelberg werden mittelfristig Wohnungen für mehr als 5.000 Menschen frei. Dies wird zu einer Entspannung auf dem Heidelberger Wohnungsmarkt und zu einer Stabilisierung oder einem Rückgang der Mietpreise führen.

Der Abzug ist eine große Herausforderung für die Stadtentwicklung. Die Wohnungen in Mark-Twain-Village und Patrick–Henry-Village sind überwiegend einfacher Standard und städtebaulich monoton angeordnet. Sowohl Häuser wie Siedlungsstruktur müssen zumindest teilweise umgestaltet werden. Sonst ist zu befürchten, dass - mietpreisbedingt – soziale Segregation in diesen Bereichen stattfindet. Die alten Kasernengebäude bieten Möglichkeiten, in Bauherrengemeinschaften und in genossenschaftlichem Wohnungsbau unterschiedliche Wohnformen zu verwirklichen. Solche Maßnahmen werden einen großen Teil der Planungskapazitäten der Stadt erfordern. Aus diesem Grund sollte die Bebauung der Bahnstadt, aber auch die Neugestaltung des Altklinikums Bergheim mit Ruhe und Augenmaß angegangen werden. Sie sollte unbedingt mit den Planungen für die durch den Abzug der Streitkräfte frei werdenden Areale koordiniert werden.

Auswirkungen auf die Wirtschaft in Heidelberg und den städtischen Haushalt dagegen sind nicht in wesentlichem Umfang zu befürchten, solange der Abzug der US-Soldaten, wie vorgesehen, schrittweise erfolgt. Zuziehende Neu-Heidelberger werden den Kaufkraftverlust durch den Weggang der US-Amerikaner mehr als ausgleichen. Sie werden darüber hinaus die Finanzausweisungen des Landes an die Stadt über den kommunalen Finanzausgleich erhöhen.

---

## *BAHNSTADT*

Die Bunte Linke hatte sich dafür ausgesprochen,

- das Gebiet des Haupteigners, der Fa. Aurelis, zu dem Preis zu kaufen, den die Gutachter für das Areal festgelegt haben. Stattdessen wurde zu einem vorher schon ausgehandelten höheren Preis gekauft. Der Stadt entgingen so rund 20 Mio. Euro. Die Bewertung durch den Gutachterausschuss bei einer Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme soll verhindern, dass Privaten durch die Aufwendungen der Stadt für Infrastrukturmaßnahmen in großem Umfang Spekulationsgewinne entstehen.
- die Bahnstadt durch eine städtische Gesellschaft entwickeln zu lassen, statt durch ein Konsortium, in dem die private Landesbank BadenWürttemberg (LBBW)-Immobilien den Ton angibt. Dieses Konsortium aus GGH, LBBW und Sparkasse Heidelberg, die Entwicklungsgesellschaft Heidelberg (EWH), will natürlich Gewinne machen. Ursprünglich sollte sie das Gebiet mit einer ausgeglichenen Kostenrechnung abschließen. Jetzt übernimmt die Stadt ein eventuell entstehendes Defizit der Entwicklungsgesellschaft bis zu 50 Mill. Euro und hat obendrein keinen direkten Einfluss mehr auf die Entwicklung des Stadtteils.

Wir gehen davon aus, dass kostengünstige Wohnungen hier nicht entstehen werden. Auch am städtebaulichen Entwurf sind erhebliche Abstriche gemacht worden. Statt interessanter und vielfältiger Architektur werden in diesem neuen Stadtteil wohl ähnlich trostlose Stadtquartiere entstehen, wie man sie aus anderen Städten kennt, in denen große private Investoren ehemaliges Bahngelände entwickelt haben, etwa in Karlsruhe oder München.

## *EMMERTSGRUND*

Ein Verkauf der Wohnungen der städtischen Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz (GGH) in der Emmertsgrundpassage kam für die Bunte Linke und für DIE LINKE nicht infrage. Mit dem Verkauf der Sozialwohnungen im Emmertsgrund – und dem zusätzlich vorgesehenen Abriss von Wohnungen innerhalb ihres Sanierungsprogramms - hätte die GGH mittelfristig rund 30% ihres Bestandes an kostengünstigen Wohnungen verloren. Dies ist bei fast 12.000 Menschen in Heidelberg, die unter der Armutsgrenze leben oder von Armut bedroht sind, nicht vertretbar. Die Stadt muss durch die GGH ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden und diese Wohnungen für Wohnungssuchende mit niedrigem Einkommen vorhalten. Es geht nicht, für die Renovierung des Theaters, ein Kongresszentrum, einen Neckarufertunnel und weite-

---

re Großprojekte Beträge in dreistelliger Millionenhöhe bereitzustellen, ein elementares Bedürfnis wie das Wohnen für sozial Schwächere aber zu vernachlässigen.

Die Bunte Linke und DIE LINKE haben das Bürgerbegehren gegen den Verkauf aktiv unterstützt. Nachdem der Bürgerentscheid - in der Sache – erfolgreich war, geht es jetzt darum, die Wohnungen und Gebäude zu renovieren und sie dabei individueller zu gestalten. Daneben gilt es die Schwächen des Stadtteils anzugehen:

- die Verkehrsanbindung an die Innenstadt zu verbessern,
- den Stadtteil an die kulturellen Einrichtungen in der Innenstadt anzubinden,
- die soziale Infrastruktur zu verbessern,
- eine gute Nahversorgung sicherzustellen,
- der mangelhaften Qualität der öffentlichen Bauten und des öffentlichen Raums abzuhelpfen.

Vor allem aber müssen die dort wohnenden Bürger an der Gestaltung und Entwicklung des Stadtteiles in einem Maße beteiligt werden, das es ihnen erlaubt, sich deutlich stärker als bisher mit ihrem Stadtteil zu identifizieren.

### *NEUENHEIM UND HANDSCHUHSHEIM*

Im Universitätsgebiet ist eine massive bauliche Verdichtung entlang der Berliner Straße vorgesehen. Dies würde eine scharfe städtebauliche Abgrenzung der Universitätsinstitute und Kliniken und erhebliche ökologische Probleme mit sich bringen. In dieser Form ist eine Bebauung für uns nicht annehmbar. Bei einer städtebaulichen Entwicklung im Universitätsgebiet muss ein angemessener Anteil an Wohnungen bereit gestellt werden.

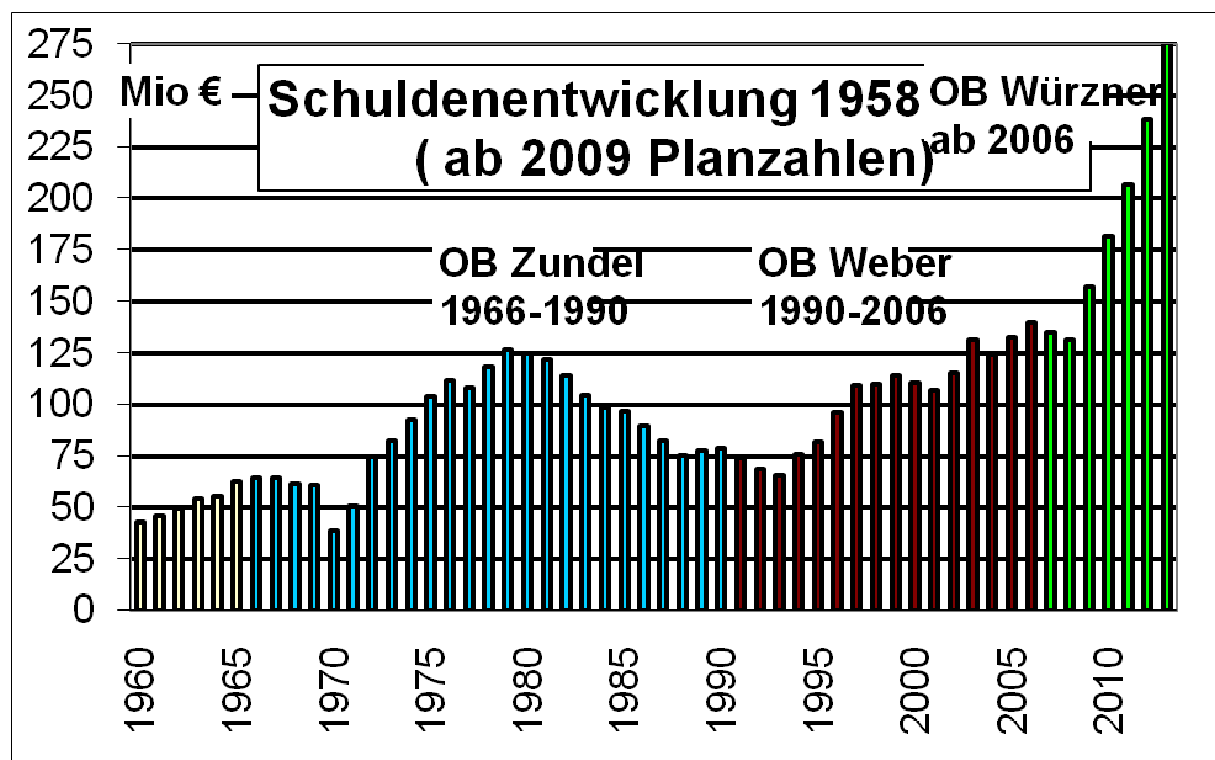
Die Universität beharrt auf einer Führung der Trasse der Straßenbahn über den Klausenpfad im Handschuhsheimer Feld. Dies ist verkehrstechnisch falsch, weil sich damit eine Reihe von Haltestellen nicht dort befänden, wo das größte Fahrgastaufkommen zu erwarten ist. Es ist aus unserer Sicht auch deshalb falsch, weil eine solche Lage am Rande des Universitätsgebietes einer Erweiterung über den Klausenpfad hinaus Vorschub leisten könnte. Eine weitere Überbauung des Handschuhsheimer Feldes durch Straßen oder Gebäude lehnen wir entschieden ab. Die wenigen stadtnahen Anbauflächen für Obst und Gemüse müssen erhalten bleiben und das Handschuhsheimer Feld als Naherholungsgebiet geschützt werden.



## Wirtschaft und Finanzen

### **Die große Koalition der Schuldenmacher:**

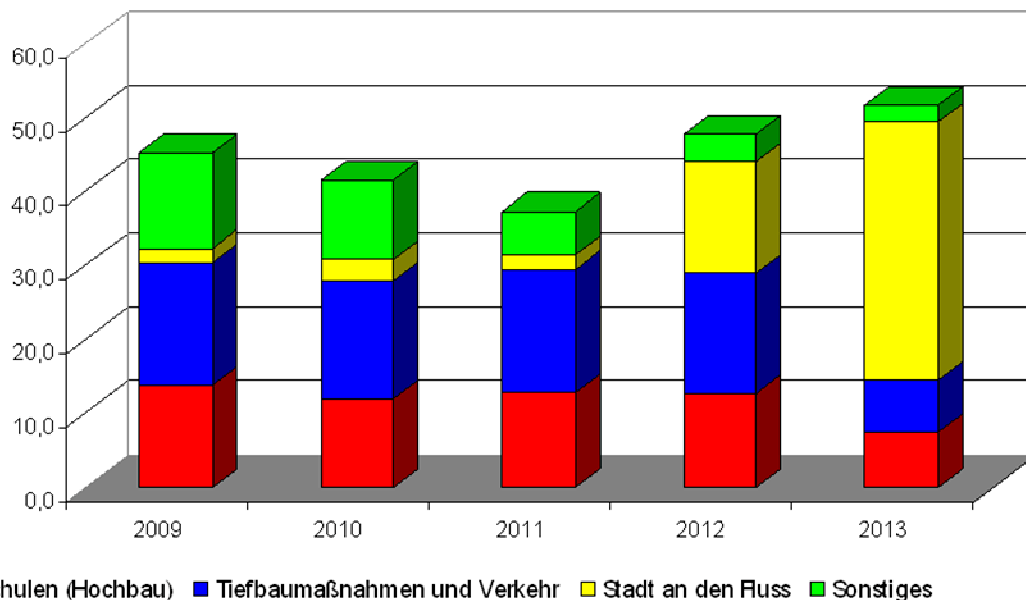
Die Stadt wird weiterhin die Belastungen für den städtischen Haushalt auffangen müssen, die den Städten und Gemeinden von Bund und Land aufgebürdet werden (steigender Sozialhilfebedarf, Arbeitslosengeld II u.a.m.). Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2008 massiv zum Ausbruch kam, wird sich auch in einem verringerten Steueraufkommen niederschlagen. Die Krise wird im neuen Haushalt 2009/2010 zwar erwähnt, aber bei den Haushaltsansätzen nicht berücksichtigt. Es ist absehbar, dass sich die Haushaltslage drastisch verschlechtern wird. Auch ohne diese Entwicklung bringt dieser Haushalt eine Schuldenentwicklung mit sich, die für Heidelberg ohne Beispiel ist. Innerhalb der ersten Amtsperiode von Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner werden sich die Schulden der Stadt nach beschlossenem Finanzplan von 130 Mio. Euro auf über 260 Mio. Euro mehr als verdoppeln. Natürlich beschließt nicht der Oberbürgermeister allein den Haushalt. Die große Koalition aus Schuldenmachern schließt beinahe alle Stadträte der bürgerlichen Parteien ein – und die gesamte SPD-Fraktion. Der Stadtrat der Buntten Linken hat den Haushalt 2009/2010 abgelehnt.



## Haushaltsplanentwurf 2009 / 2010

### Stadt Heidelberg

#### Bauinvestitionen



### ***Sicherung der Daseinsvorsorge durch sorgfältige Steuerung der Investitionen***

Um mit den städtischen Mitteln in der aktuellen wirtschaftlichen Situation verantwortlich umzugehen, muss Richtschnur für die städtische Haushaltspolitik sein:

- Verzicht auf kostspielige Großprojekte, vor allem den Neckarufer-Tunnel (200-300 Mio. Euro), aber auch auf ein neues Kongresszentrum und ein Einkaufszentrum in der Altstadt/Theaterstraße.
- Konzentration auf die dringend nötigen Aufgaben, vor allem auf die Renovierung der Schulen, auf eine Wohnungspolitik zum Erhalt von Wohnraum im unteren Preissegment, eine Politik, die die neue Armut in der Stadt auffängt sowie eine ökologische Verkehrspolitik.

Daneben gelten die Grundsätze einer sorgfältigen und vorausschauenden Haushaltspolitik, mit denen wir schon bei der letzten Kommunalwahl angetreten sind:

- Alle verfügbare Ressourcen - finanzieller und personeller Art - müssen so wirksam wie möglich eingesetzt. Dies bedeutet strukturelle und organisatori-

---

sche Veränderungen in der Stadtverwaltung (Verbesserung des Arbeits- und Organisationsablaufes, eigenverantwortliche Verwaltung des jeweiligen Etats durch die Ämter) und eine verstärkte Anwendung des Subsidiaritätsprinzips (d.h. Aktivität freier Träger vor solchen der Stadt) im kulturellen und sozialen Bereich.

- Investitionen und Ausgaben sind vermehrt dort vorzunehmen, wo die angestrebten politischen Ziele mittel- oder langfristig mit Kostensenkungen verbunden oder zumindest kostenneutral sind. Dies gilt insbesondere für die städtische Energiepolitik und das stadteigene Energiemanagement.
- Im Bereich des Umweltschutzes ist das Verursacherprinzip konsequent anzuwenden, auch wenn dies für Bürger und Unternehmer mit höheren Gebühren verbunden wäre. Die Gebühren müssen andererseits aber so gestaltet sein, dass ein umweltfreundliches Verhalten deutliche Gebühreneinsparungen mit sich bringt.
- Dort, wo Kürzungen der städtischen Finanzmittel mit Angebotsverminderung für die Bürger verbunden sind, müssen die "Einsparungen" sorgfältig gegen die entstehenden Schäden abgewogen werden, und dieser Abwägungsprozess muss gemeinsam mit den Bürgern durchgeführt werden.
- In drei Bereichen kommen für die Bunte Linke/DIE LINKE Kürzungen nicht in Frage: Dies sind Leistungen für sozial Schwache und Randgruppen, Ausgaben für Bildung und für die Umweltpolitik.

### ***Städtische Wirtschaftsförderung***

In Heidelberg ist in den letzten Jahrzehnten klassische kommunale "Wirtschaftspolitik" betrieben worden:

Es wurden Gewerbeflächen ausgewiesen und an Industrie und Gewerbe zu günstigen Bedingungen Grundstücke verkauft. Vor allem wurden Betriebe im Dienstleistungs- und Forschungsbereich angesiedelt. Hinzu kam ein erhebliches Wachstum der Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen der Universität. Heute stehen jedem in Heidelberg wohnenden Berufstätigen mehr als zwei Arbeitsplätze gegenüber. Die Arbeitslosenquote ist aber in Heidelberg genauso hoch wie in der Region. Kein Wunder - sie ist ein konjunkturelles und strukturelles Problem des Arbeitsmarktes (→ *Stadtentwicklung und Regionalplanung*).

Die Konzentration von Arbeitsplätzen in einer Stadt schafft keine neuen Arbeitsplätze, sie verlagert sie lediglich. Die Zahl der Berufseinpender hat sich von 60.000 pro Tag im Jahr 1987 auf rund 70.000 pro Tag 2007 erhöht. Hinzu kommen 15.000 bis

---

20.000 Ausbildungseinpender, überwiegend Studenten. Der erheblich angewachsene Pendlerverkehr verursacht zusätzliche Belastungen durch Lärm und Schadstoffe. Durch die erhöhte Nachfrage nach Wohnungen im Stadtgebiet explodieren die Miet- und Immobilienpreise.

Ein wesentlicher Aspekt städtischer Wirtschaftsförderung ist auch die Stärkung der Nachfrageseite, die Sicherung von ausreichend hohem Erwerbseinkommen vor allem für Menschen, die dem unteren sozialen Drittel zugerechnet werden. Diese Einkommenssteigerung trägt unmittelbar zur Stärkung des örtlichen Einzelhandels bei. Die Stadt Heidelberg hat hierfür einige wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Instrumente zur Verfügung: Sie kann die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an soziale Kriterien für die Unternehmen koppeln und Vorteile für solche bieten, die ehemals Arbeitslose einstellen oder über Durchschnitt ausbilden. Sie kann tariflich bezahlte Dauererwerbsarbeitsplätze für ehemals langzeitarbeitslose Menschen in sozialen Beschäftigungsunternehmen dadurch sichern, dass sie städtische Aufträge an diese Unternehmen vergibt.

Die Stadt Heidelberg muss darüber hinaus tariflich entlohnte Erwerbsarbeitsplätze für Menschen ohne Ausbildung oder mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit erhalten und schaffen. Sie kann Arbeitsfelder vor- und erhalten, wo einfache Erwerbsarbeit verrichtet wird. Die Auslagerung solcher Arbeitsfelder zu zeitlich befristeten, öffentlich geförderten prekären Pseudoerwerbsarbeitsverhältnissen bei den Heidelberger Diensten muss gestoppt und umgekehrt werden.

### **Deshalb brauchen wir:**

- einen Wirtschaftsentwicklungsplan, der im Zusammenhang mit dem Entwicklungskonzept für die gesamte Stadt erarbeitet werden muss,
- eine Bestandspflege der bestehenden Betriebe, Hilfe bei der Umstrukturierung von Wirtschaftsbetrieben und einzelnen Wirtschaftszweigen zur Vermeidung bzw. Beseitigung von Arbeitslosigkeit,
- eine Sicherung des zukunftsorientiert produzierenden Gewerbes, um Monostrukturen zu vermeiden,
- eine stärkere Durchmischung von Wohnstadtteilen mit Handwerks-, Einzelhandels- und sonstigen Dienstleistungsbetrieben (dies gilt insbesondere für Stadtteile, die innerhalb Heidelbergs für einen hohen Pendlerverkehr sorgen wie Kirchheim, Boxberg und Emmertsgrund),
- eine Förderung der Kooperation mittelständischer Unternehmen,
- eine stärkere Berücksichtigung des örtlichen Handwerks durch
  - Aufteilung der Aufträge statt Vergabe in großen Losen,

- 
- Berücksichtigung besonderer Wertungskriterien in der Ausschreibung, insbesondere von sozialen und ökologischen Vergabekriterien,
  - Abweichungsregelung zugunsten örtlicher Bieter,
  - keine Vergabe von Projekten in „Öffentlich-Privaten-Partnerschaften“(ÖPP), weil hier nur Großunternehmen zum Zug kommen,
  - die Berücksichtigung ökologischer Anstrengungen von Betrieben beim Verkauf von städtischen Gewerbeflächen,
  - eine neue Nutzung aufgegebener Gewerbeflächen (Gewerbeflächenrecycling),
  - Gegensteuern gegen einseitige Beschäftigung und Ausbildungsstrukturen.



---

## Umwelt und Energie

### ***Energiepolitik: Stadtwerke müssen verstärkt tätig werden***

Treibhauseffekt, CO<sub>2</sub>-Anstieg, Waldsterben, begrenzte Energierohstoffe: Wie unsere Energiepolitik aussieht, wird maßgeblich in den Gemeinden bestimmt. Mehr als die Hälfte der Energie in der Bundesrepublik wird in Privathaushalten verbraucht. Ob diese Energie rationell und umweltfreundlich genutzt wird, liegt größtenteils in der Hand der Gemeinden.

Die Stadt Heidelberg hat vor eineinhalb Jahrzehnten auf Antrag des Bunte-Linke-Stadtrates ein Kommunales Energiekonzept beschlossen. Die Maßnahmen bei städtischen Gebäuden müssen konsequent fortgesetzt werden. Vor allem müssen Investitionen, die sich mittelfristig auch finanziell rechnen, schnell umgesetzt werden.

Stadtweit haben die Maßnahmen allerdings nicht gegriffen. Der Energieverbrauch pro Einwohner ist weiter gestiegen. Die Maßnahmen bei den städtischen Gebäuden wirken sich nicht entscheidend aus, da hierfür nur 3 bis 4% der in Heidelberg genutzten Energie verbraucht werden.

Deshalb muss die Stadt verstärkt tätig werden durch:

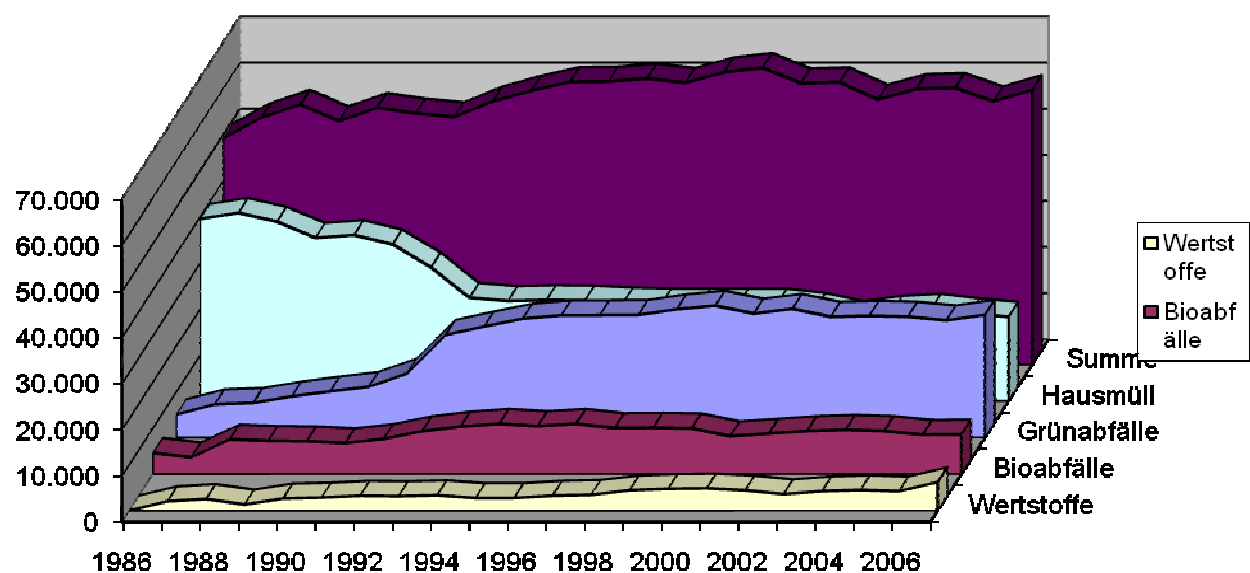
- den Ausbau der Energieberatung für Bürger (Eigentümer und Mieter) und Betriebe,
- die Erstellung eines Flächennutzungsplanes und von Bebauungsplänen, die die Möglichkeiten der Energieeinsparung berücksichtigen und umweltfreundliche Formen der Energieversorgung begünstigen,
- wirksame Energiesparmaßnahmen in städtischen Gebäuden, bei Immobilien, bei denen die Stadt ein Vorkaufsrecht besitzt, und beim Verkauf städtischen Geländes zur Bebauung,
- Neudefinition der Aufgaben der Stadtwerke: Sie sollten
  - nicht nur Energie bereitstellen, sondern auch für einen sparsamen und rationellen Einsatz dieser Energie sorgen (z.B. Beratung und Hilfe bei der Durchführung und Finanzierung von Energiesparmaßnahmen),
  - auch für Privathaushalte Energiedienstleistungen anbieten (Ratenkaufverträge für Wärmedämmung, Modernisierung von Heizungsanlagen und Geräten).

- Einführung linearer Tarife bei Strom, Gas und Fernwärme (kein Grundpreis, sondern nur verbrauchsabhängige Energiekosten): diese machen Maßnahmen zur Energieeinsparung wirtschaftlicher,
- verstärkte Förderung von Strom aus regenerativer Energie (vor allem der aus Solarenergie), damit er mittelfristig marktfähig wird, kostet er doch vorläufig noch etwas mehr als der aus Kohle- und Kernkraftwerken: Hierzu gehört auch, den Strom für die städtischen Schulen und Kindergärten vollständig als Ökostrom zu beziehen,
- Sozialtarife für Strom, Gas und Fernwärme für Empfänger von SGB II –Leistungen (Hartz IV, Sozialhilfe), damit der Anteil, der in diesen Leistungen für Energie vorgesehen ist, auch ausreicht (→ *Soziales*).

## Abfallwirtschaft

Mit seinem Abfallwirtschaftsprogramm war Heidelberg bisher relativ erfolgreich:

In den ersten Jahren nach Beginn der getrennten Einsammlung wurde der Restmüll aus Haushalten erheblich verringert. Dies ist vor allem dem Umweltbewusstsein der Bürger zu verdanken.



### Was dieses Bild trübt:

- In den letzten Jahren verringerte sich die Restmüllmenge nicht mehr.
- Die Menge des insgesamt anfallenden Mülls hat sich in den letzten Jahren nicht wesentlich verringert.

- 
- Es sind nur geringfügige Verbesserungen bei der Erfassung von Wertstoffen erreicht worden.
  - Die Hälfte des Hausmülls in Heidelberg wird immer noch umweltbelastend und teuer verbrannt.
  - Fast die Hälfte des Mülls in den Restmülltonnen der Haushalte besteht aus kompostierbarem Material oder aus Wertstoffen.
  - Nach wie vor enthält der Kompostmüll zu viele Abfälle, die dort nicht hineingehören und zu einer Belastung des Komposts mit Schadstoffen führen.
  - Abfallberatung als direkte Beratung im einzelnen Haushalt gab es bisher nur als - schlecht durchgeführtes - Pilotprojekt. Im gewerblichen Bereich hat die Beratung erheblich zu einer Verminderung der Müllmengen beigetragen.

Wenn weitere Verbesserungen erreicht werden sollen, bedarf es größerer Anstrengungen als in der Vergangenheit.

#### **Deshalb fordert die Bunte Linke/DIE LINKE:**

- Angebote zur Beratung jedes Haushalts im Stadtgebiet: Es gilt, den Bürgern zu vermitteln, dass
  - mit der Abfallvermeidung ernst gemacht und die Wertstoffeffassung weiter verbessert werden muss,
  - Schadstoffe unter keinen Umständen in den Biomüll geraten dürfen, weil sie den Kompost unbrauchbar machen,
  - Schadstoffe aber auch nicht in den Restmüll geraten sollen, weil sie sich sonst auf dem Umweg über die Müllverbrennung in der Luft über Heidelberg wiederfinden,
  - eine sorgfältige Abfalltrennung nicht nur dem Umweltschutz zugute kommt, sondern auch die Müllgebühren erheblich verringert.
- Den Ausbau der Abfallberatung in Schulen durch Externe (z.B. städtische Mitarbeiter),
- bei Bebauungsplänen die Verpflichtung zur Verwendung des Erdaushubs an Ort und Stelle,
- konsequentes Recycling von Bauschutt.

---

### ***Trinkwasser: Sorgsamer Umgang mit den Reserven***

Auch in Heidelberg gibt es Grundwasserverunreinigungen durch Industriebetriebe und eine hohe Nitratbelastung in Gebieten des Intensivgartenbaus. Das hat zur Schließung von Brunnen bzw. einer aufwändigen Aufbereitung des gewonnenen Wassers geführt. Mit der Wasserversorgung aus dem Hardt wurden die letzten großen Wasserreserven der Region in Anspruch genommen. Die Nutzung von Quellen zur Trinkwasserversorgung durch die Stadtwerke führt dazu, dass Bäche in regenärmeren Zeiten trockenfallen. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Flora und Fauna dieser Lebensräume.

#### **Die Bunte Linke/DIE LINKE fordert, dass**

- die Stadt Maßnahmen ergreift, um den Wasserverbrauch in den Haushalten und in Industrie und Gewerbe zu verringern und den Einsatz von Trinkwasser auf die Bereiche zu beschränken, für die Trinkwasserqualität erforderlich ist,
- in städteigenen Einrichtungen alle wirtschaftlichen Maßnahmen zur Wassereinsparung durchgeführt werden,
- die Stadt die Erstellung von Anlagen zur Regen- und Brauchwassernutzung fördert in Zusammenarbeit mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH,
- die Stadt einer Grundwasserentnahme durch Dritte (private Brunnen von Wirtschaftsbetrieben) nur in dem Umfang zustimmt, wie dies nach Durchführung aller wirtschaftlichen Wassersparmaßnahmen unabdingbar notwendig ist,
- die Wasserentnahme aus Quellen so begrenzt wird, dass eine ganzjährige Wasserführung der Bäche gewährleistet ist.

### ***Umweltschadstoffe im Abwasser: Sie gehen in die Biosphäre über***

Das Hauptproblem der Abwasserreinigung sind heute – neben Nitraten und Phosphaten, die zu einer Überdüngung der Gewässer führen - giftige oder krebserregende Umweltschadstoffe. Sie können - soweit sie aus Produktionsprozessen stammen - relativ einfach und kostengünstig vor dem Einleiten entfernt werden. Sind sie einmal ins Abwasser gelangt, wird es schwierig: Was in der Kläranlage aus dem Abwasser entfernt wird, findet sich im Klärschlamm wieder. Wird mit Klärschlamm gedüngt, so geraten diese Schadstoffe in den Boden und die Nahrungsmittel; wird er verbrannt, finden sie sich in der Abluft wieder.

**Die Bunte Linke/DIE LINKE fordert:**

- eine weitere Verbesserung der Reinigung des Abwassers von Phosphaten und Nitraten,
- eine häufigere Überwachung der industriellen und gewerblichen Einleiter,
- den Bau von Abwasservorbehandlungsanlagen von Gewerbe- und Industriebetrieben, die über den üblichen Standard hinausgehen,
- eine Verbesserung der Untersuchungsmöglichkeiten des Abwasserzweckverbandes.

Der rasche Abfluss von Regenwasser von Dächern und Straßen in die Kanalisation verursacht stoßweise anfallende Abwassermengen, für die teure Kanaldurchmesser und Rückhaltebecken vorgesehen werden müssen. Sie erschweren und verteuern die Abwasserreinigung.

**Die Bunte Linke DIE LINKE fordert deshalb:**

- Entsiegelung oder Teilentsiegelung von städtischen Flächen (Plätze, Wege, Schulhöfe),
- Förderung der Entsiegelung privater Höfe und Wege,
- Begrenzung der Versiegelung, Versickerungsbrunnen für das Niederschlagswasser bei Bebauungsplänen.

Getrennte Gebühren für Brauchwasser und Niederschlagswasser, die einen finanziellen Anreiz für Entsiegelung bieten, hat der Stadtrat der Bunten Linken gerichtlich durchgesetzt.

***Schutz der Natur heißt auch: Schutz des Menschen***

Wir Heidelberger haben das Glück, in einer Stadt zu leben, die eingebettet ist in eine reizvolle, natürlich wirkende Umgebung. Der Anteil von Grünflächen am Stadtgebiet ist noch hoch. Der "Siedlungsdruck" auf diese naturnahen oder landwirtschaftlich genutzten Gebiete durch menschliche Aktivitäten und Begehrlichkeiten ist groß. Ihr Erhalt ist in vielen Fällen nur möglich, wenn die Stadt sich dem Naturschutz verpflichtet, wenn Freiflächen als Erholungsräume freigehalten werden, wenn Bereiche, in denen

---

bedrohte Tiere und Pflanzen vorkommen, unter Schutz gestellt werden, und dieser Schutz auch aktiv betrieben wird. Der Erhalt einer funktionsfähigen natürlichen Umgebung ist auch Schutz für den Menschen, er ist deshalb eine öffentliche Aufgabe.

**Dies erfordert vor allem:**

- das Wachstum der Stadt zu begrenzen (→ *Stadtentwicklung*),
- die vorhandenen Waldgebiete, Freiflächen, Biotope und Naturschutzgebiete zu bewahren,
- dafür Sorge zu tragen, dass die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten in unserer Region wieder wächst statt weiter abzunehmen.

Die **Waldgebiete** sind nach wie vor durch die Ursachen des Waldsterbens bedroht. Laut Waldzustandsbericht des Landes Baden-Württemberg für 2008 sind rund 35% der Waldfläche des Landes sind deutlich geschädigt und nur 25% ohne erkennbare Schäden. Damit hat sich die Situation – witterungsbedingt – gegenüber den Vorjahren etwas verbessert. Die Luftverschmutzung durch die Industrie ist zwar zurückgegangen, bei der Luftbelastung durch den Verkehr halten sich Abgasreinigung und Zunahme des Verkehrs die Waage. Die im Boden vorhandenen Schadstoffe wirken fort, hinzu kommen Klimawandel und ein zu hoher Wildbestand, der eine Selbstverjüngung des Waldes verhindert.

Die Waldwirtschaft in Heidelberg wirft seit Jahren keinen Gewinn ab. Wirtschaftliche Aspekte stehen also bei der "Bewirtschaftung" des Waldes nicht im Vordergrund. Der Wald hat heute im wesentlichen eine Funktion für die Erhaltung eines naturnahen Gebietes, für den Klimaschutz, für den Erosionsschutz und für die Naherholung.

**Hier fordert die Bunte Linke/DIE LINKE:**

- eine naturnahe Waldbewirtschaftung, die vor allem auf die Selbstverjüngung des Waldes setzt,
- die weitere Einrichtung von wenig oder gar nicht bewirtschafteten Waldgebieten (Schonwälder, Bannwälder) in sinnvoller Zuordnung zu Biotopen und Naturschutzgebieten,
- eine Reduzierung des Wildbestandes vor allem des Schwarzwildbestandes durch Bejagung und Verbot der Fütterung, aber auch durch die Wiederansiedlung von ehemals heimischen Beutegreifern (Wildkatze, Luchs, Uhu).

---

Die **Freiflächen zwischen den Stadtteilen**, aber auch im Innenstadtbereich bestehen zum Teil aus hochwertigen (Sekundär-) Biotopen. Sie gilt es zu erhalten und durch eine Vernetzung der landwirtschaftlich und kleingärtnerisch genutzten Flächen untereinander und mit Wald- und Naturschutzgebieten einen zusammenhängenden großen Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu schaffen.

**Maßnahmen hierzu sind:**

- Kartierung von Biotopen, um den Bestand zu erfassen,
- Bestimmungen in Bebauungsplänen, auch für eine "Nicht-Bebauung",
- Kauf von Schlüsselgrundstücken durch die Stadt, Auflagen beim Verkauf städtischer Grundstücke oder von Grundstücken, für die die Stadt ein Vorkaufsrecht besitzt,
- Naturnähere Gestaltung städtischer Anlagen und Freiflächen,
- Beratung und Motivation von Eigentümern privater Grundstücke zur naturnahen Nutzung ohne genmanipulierte Pflanzen und zum kontrolliert biologisch-dynamischem Anbau,
- Unterstützung der Pflege von Biotopen durch die Umweltverbände,

Heidelberg verfügt noch über **intensiv landwirtschaftlich genutzte Flächen** und einige Vollerwerbsbetriebe der Landwirtschaft. Das ist sehr zu begrüßen, sichert doch eine Nahversorgung mit Lebensmitteln auch wichtige Ziele im Umweltschutzbereich.

Landwirtschaft ist aber auch ein Faktor, der erhebliche Gefahren für andere mit sich bringen kann. Insbesondere durch Düngung und Anbau von gentechnisch veränderten Lebensmitteln entstehen Gefahrenpotentiale, die in ihrer Langzeitauswirkung teilweise noch gar nicht erfasst werden können. **Hier fordert die Bunte Linke/DIE LINKE:**

- landwirtschaftlich genutzte Flächen in maximal möglichem Umfang in ihrer Vielfalt zu erhalten (Äcker, Felder, Streuobstwiesen, Weingärten)
- Verpflichtung der Heidelberger Landwirte zu einem Anbau von gentechnisch nicht veränderten Pflanzen,
- Im Gegenzug verpflichtet sich die Stadt dazu, bei außergewöhnlichen Umständen wie Unwetter, Seuchen oder sonstigen Katastrophen die Vollerwerbslandwirte finanziell zu unterstützen,

- 
- Schulungs- und Unterstützungsmaßnahmen der Stadt, damit ein Schutz des Grundwassers durch möglichst sparsamen Umgang mit chemischen Zusatzstoffen erreicht werden kann (Düngung, Herbizide, Fungizide),
  - darauf hinzuwirken, dass möglichst viele Flächen umgestellt werden auf kontrollierte biologisch-dynamische Erzeugung.

Wesentliche Flächen von Heidelberg werden als **Kleingartenanlagen** genutzt. Diese dienen vielfältigen Zwecken: von der stadtnahen Erholung über die Versorgung mit selbst erzeugten Lebensmitteln bis zu sozialem Lernen und Umgang mit der Natur für Kinder. In der Stadt werden durch die Kleingartenanlagen groß- und kleinräumige Flächen naturnah erhalten, die Kleingartenanlagen können als (teil-)öffentliche Grünflächen gelten. Die Erholungswirkung eines Kleingartens ergibt sich für den Einzelnen auch daraus, welche Freiheiten dem jeweiligen Pächter in der Gestaltung seiner Parzelle gegeben werden. Eine natürliche Umgebung und ein dauerhafter Schutz natürlicher Ressourcen ist nicht an Beetanbau gekoppelt. Deshalb sind Kleingartenordnungen so anzulegen, dass sie zwar die Umweltsituation insgesamt durch ökologisches Bewirtschaften und Anbau von heimischen Pflanzen verbessern, aber nicht eine Anbauform oder eine Pflanzengruppe gegenüber einer anderen zu stark in den Vordergrund stellen.

Immer wieder sind die Kleingärten auch Flächen, nach denen andere, vermeintlich lukrativeren Nutzungen – wie z.B. Bauprojekte - ihre Begehrlichkeiten ausstrecken. Dem muss entgegengewirkt werden.

Wir fordern:

- Kleingärten sollen möglichst natürliche, standortgerechte Umgebungen herstellen, dabei dürfen Gartenordnungen die Pächter nicht zu sehr einschränken.
- Es sollen nur heimische Pflanzen angebaut werden.
- Die Stadt soll darauf einwirken, dass in allen Kleingartenordnungen der Verzicht auf gentechnisch veränderte Pflanzen verboten werden und chemische Zusatzstoffe auf das absolute Mindestmaß reduziert werden.
- Die Kleingartenanlagen sind einer versiegelnden Nutzung der Flächen vorzuziehen; wo aufgrund von großflächigen Baumassnahmen Kleingärten überbaut werden sollen, ist für gleichwertigen Ersatz im direkten räumlichen Umfeld zu sorgen.

## **Tierschutz**

### *NUTZTIERHALTUNG*

Es ist moralisch nicht vertretbar, vom Tier stammende Lebensmittel so zu erzeugen, dass Tieren hierbei durch Zucht, Haltung, Verabreichung von Leistungsförderern oder Transport Schmerzen, Leiden, Schäden oder unnötige Angst zugefügt werden.

#### **Deshalb fordert die Bunte Linke/DIE LINKE:**

- Die Stadt Heidelberg muss sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einsetzen, dass die Haltungsbedingungen von Nutztieren an die Bedürfnisse der Tiere angepasst sind, insbesondere dass
  - keine Massentierhaltung auf engstem Raum stattfindet,
  - ein ausreichender Auslauf für die Tiere gewährleistet ist,
  - kein Transport der Tiere unter Bedingungen stattfindet, die Angst und Leiden bei den Tieren verursacht.



### *HAUSTIERE*

Haustiere sind häufig geliebte Begleiter von Menschen und fördern beim Tierhalter Ausgeglichenheit und Gesundheit. Auch im Bereich der Haustiere darf Tierhaltung und Tierzucht nicht auf Kosten der Tiere gehen.

#### **Deshalb fordert die Bunte Linke/DIE LINKE:**

- Die Stadt Heidelberg setzt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür ein,
  - den Tierschutzgedanken zu fördern,
  - Missstände in Zucht, Tierhandel und Tierhaltung zu beseitigen.
- Die Stadt Heidelberg trägt dafür Sorge, dass
  - in Not geratene Tiere versorgt werden, wofür die Erhaltung des Tierheimes unerlässlich ist,
  - sich die Sätze der Hundesteuer auch an den sozialen Gegebenheiten von Hundebesitzern orientieren.

---

## *ZUR SCHAU GESTELLTE TIERE (ZOO, ZIRKUS)*

Es ist fraglich, ob der Mensch das Recht hat, Tiere in zoologischen Gärten, Wildgehegen und ähnlichen Einrichtungen, in Tierschauen und Zirkussen zu halten, zur Schau zu stellen oder zur Unterhaltung vorzuführen. Diese Tiere sind gezwungen, in einer vom Menschen gestalteten Umwelt zu leben, der sie sich nur bedingt anpassen können. Eine Rechtfertigung für die Haltung von Wildtieren in den genannten Einrichtungen können Zucht zur Arterhaltung, pädagogische Ziele und wissenschaftliche Forschung sein.

### **Deshalb fordert die Bunte Linke/DIE LINKE:**

- Findet eine solche Tierhaltung statt, muss die Stadt Heidelberg darauf hinwirken,
  - dass für die Tiere ein höchstmögliches Maß an Wohlbefinden sichergestellt ist und die Haltungsbedingungen so artgemäß und verhaltensgerecht wie möglich gestaltet werden; wo dies nicht möglich ist - wie im Heidelberger Zoo bei Großtieren und Greifvögeln - sollen diese Tiere nicht gehalten bzw. an andere zoologische Gärten abgegeben werden,
  - dass keine Tierschauen stattfinden, die nur wirtschaftlichen Zielen dienen oder in denen Bewegungsfreiheit und Sozialkontakte der Tiere untereinander sowie zu Menschen eingeschränkt werden, wenn dies den Bedürfnissen der Tiere zuwiderläuft.

## *WILDTIERE*

Unsere Positionen zur Situation und zu den Entwicklungszielen hinsichtlich der Wildtiere und -pflanzen sind im Abschnitt: „Schutz der Natur“ dargestellt.

---

## **Globalisierung, Frieden und internationale Solidarität**

### ***Für mehr kommunale Selbstverwaltung***

Kommunalpolitik kann nicht isoliert betrieben werden. Externe Einflüsse, wie z.B. eine zunehmend militarisierte Außenpolitik, wirken immer stärker in städtische Belange hinein. Eine Vielzahl politischer Entscheidungen des Bundes, der Europäischen Union (EU) und zunehmend auch supranationaler Organisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO), höhlt die kommunale Selbstverwaltung aus. Wirtschaftliche Liberalisierung und Deregulierung machen vor kommunalen Dienstleistungen für die Grundversorgung mit Gütern wie Wasser, Energie und Öffentlichem Personenverkehr nicht halt. Leere Kassen erhöhen den Druck zur Privatisierung öffentlicher Betriebe: Gemeindeeigentum wird verschleudert, immer mehr öffentliche Aufgaben werden von privaten Unternehmen wahrgenommen. Die Möglichkeiten von Quersubventionierungen defizitärer durch einträgliche Bereiche schwinden. All dies führt zu einem bedrohlichen Rückgang der Gestaltungsmöglichkeiten von Gemeinden.

Entscheidungen werden zunehmend in öffentlich kaum kontrollierbaren Gremien getroffen - eine Entdemokratisierung, die sich besonders stark auf kommunaler Ebene auswirkt.

Der *Lissabonner Vertrag*, durch den die gescheiterte „EU-Verfassung“ in anderer Form eingeführt werden soll, würde diese Tendenzen nicht nur festschreiben, sondern noch verstärken. Auch dieser Vertrag wurde – trotz seiner weitreichenden Konsequenzen für die Bevölkerung der Mitgliedstaaten – nicht öffentlich zur Diskussion gestellt. Ein Referendum war in Deutschland nicht vorgesehen.

Sollte der *Lissabonner Vertrag* in Kraft treten, würden Wirtschaftsliberalismus und der Zwang zur Aufrüstung oberstes Gebot des Staatenbundes. Die EU würde als bürokratischer, demokratisch kaum kontrollierbarer Moloch festgeschrieben, der allein auf die Vertretung von Kapitalinteressen orientiert ist und dessen gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in hohem Maße militärisch ausgerichtet ist.

Die kommunalen Vertreter der Parteien, die in Bund und Ländern diese Entwicklungen maßgeblich vorantreiben, stehen deren Auswirkungen hilflos gegenüber. Statt sich gegen die neoliberalen Vordenker ihrer Parteien zu engagieren, tragen sie deren Politik mit und wiederholen kritiklos die Mythen der angeblichen Sachzwänge, die sich aus der Globalisierung ergeben.

Wir wollen diesen, von machtvollen Interessengruppen – also von Menschenhand – geschaffenen Entwicklungen der neoliberalen Globalisierung auch auf kommunaler Ebene entgegentreten.

**Die Bunte Linke/DIE LINKE:**

- wendet sich gegen die Unterwerfung wichtiger kommunaler Angelegenheiten unter die Gesetze des “freien Marktes” und setzt sich für die Wiederherstellung der öffentlichen Kontrolle über alle Bereiche der Grundversorgung ein,
- fordert, Entscheidungskompetenzen soweit möglich auf lokale Ebenen zu verlagern,
- fordert Transparenz der Entscheidungen auf staatlicher und internationaler Ebene und demokratische Kontrolle der entsprechenden Gremien,
- unterstützt die breite europäische Bewegung gegen den *Lissabonner Vertrag* und setzt sich ein für eine demokratische, dem Frieden und dem internationalen Recht verpflichtete Europäische Union – eine Union im Interesse der Völker und nicht der Banken und Konzerne,

***Heidelberg – Partnerstadt für den Frieden!***

Der Krieg gegen den Irak war nach den Kriegen gegen Jugoslawien und Afghanistan der dritte Krieg innerhalb weniger Jahren, der mit direkter Beteiligung oder indirekter Unterstützung Deutschlands geführt wurde. Die in Bund und Ländern regierenden Parteien, die bisher auch den Heidelberger Stadtrat dominieren, haben die Kriege gegen Jugoslawien und Afghanistan befürwortet und dem Irakkrieg wenig entgegengesetzt. Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Heidelberg und den hier stationierten kriegführenden Einheiten wurde nicht in Frage gestellt.

Angesichts dieser völkerrechtswidrigen Kriege bekommt die Förderung kommunaler Gruppen und kultureller Initiativen, die sich für den Frieden, gegen die Militarisierung der Politik und gegen rassistische Einstellungen in unserer Gesellschaft engagieren, für uns eine herausragende Bedeutung.

Mit den aktuell geltenden „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ wurde das Einsatzgebiet der Bundeswehr auf die ganze Welt ausgedehnt. Die Bundeswehr wurde zur weltweiten Geltendmachung deutscher Interessen umstrukturiert. Auch auf europäischer Ebene werden militärische Interventionskräfte ausgebaut. Diese Politik gefährdet nicht nur den internationalen Frieden, sondern hat auch Auswirkungen nach innen. Sie ist mit echter demokratischer Mitsprache und Kontrolle unvereinbar. Die Milliarden, die für die Aufrüstung weltweiter Interventionstruppen ausgegeben werden, fehlen nicht zuletzt in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Soziales.

Durch die Auslandseinsätze der Bundeswehr und die zunehmende Ausrichtung auf weltweite Interventionen steigt ihr Bedarf an Berufs- und Zeitsoldaten. Daher weitet

---

die Bundeswehr ihre Anwerbebemühungen massiv aus. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sie dazu nicht – die Notlage von Arbeitsuchenden missbrauchend – „Beratungstermine“ in den Arbeitsagenturen nutzen oder in Veranstaltungen auf öffentlichen Plätzen oder in Schulen, das Kriegshandwerk wie eine normale berufliche Karriere anpreisen können.

Die NATO und die US-Streitkräfte unterhalten in und um Heidelberg mehrere Stäbe und Hauptquartiere, die an der Planung und Durchführung aller drei Kriege beteiligt waren und auch weiterhin eine wichtige Rolle im sogenannten „Krieg gegen den Terror“ spielen. In unserer unmittelbaren Nachbarschaft werden somit Kriege vorbereitet und die Durchführung überwacht. Die eingesetzten Soldaten begegnen uns auf Schritt und Tritt. In der Südstadt und Rohrbach bestimmen mittlerweile Stacheldraht und schwerbewaffnete Soldaten hinter Betonbarrieren das Bild.

Wir lehnen jede Erweiterung dieser Militärstützpunkte entschieden ab und verlangen stattdessen ihre rasche Auflösung. Wir schließen uns zudem der Forderung der Friedensbewegung nach einem vollständigen Abzug aller US-Truppen aus Deutschland an.

Da ein Abzug eines Teiles der US-Einheiten und damit das Freiwerden von Wohnanlagen und anderer Liegenschaften in den nächsten Jahren wahrscheinlich ist, setzen wir uns dafür ein, schon jetzt mit städtebaulichen Planungen zu ihrer späteren Nutzung zu beginnen (→ *Wohnen*).

Die Unterstützung von Aggressionskriegen verstößt eindeutig gegen geltendes Recht. Die Verantwortlichen der Stadt Heidelberg sind daher verpflichtet, sich dafür einzusetzen, dass entsprechende militärische Aktivitäten im Heidelberger Stadtgebiet eingestellt werden. Gemeinsame repräsentative Auftritte, Feierlichkeiten der Stadt etc. mit Vertretern der hier stationierten Militäreinheiten sollen in Zukunft unterbleiben. Stattdessen werden Kontakte zu US-amerikanischen Städten angestrebt, die sich in der Kampagne „Städte für den Frieden“ zusammengeschlossen haben, sowie Kontakte zu Kommunen der angegriffenen Länder. Wir unterstützen alle Soldaten, die sich den genannten Kriegen verweigern.

Wer Waffen entwickelt und baut tut dies in der Absicht, sie bei Bedarf auch einzusetzen. Krieg ohne Waffen ist nicht möglich und die ständige Weiterentwicklung, der Bau und die Lagerung von Waffen und Waffenkontrollsystemen aller Art ist als direkte Kriegsvorbereitung zu werten. In Heidelberg als Stadt der Wissenschaft und Forschung und als Standort der internationalen Streitkräfte sind vielfältige Projekte in Teilbereiche dieser Kriegsvorbereitungen mit eingebunden. Als Stadt kann Heidelberg der weltweit sich ständig weiter hoch schraubenden Waffenspirale nicht viel entgegen setzen. Aber wir können einen kleinen Schritt tun, indem alle der Stadt zur Verfügung stehenden Mittel genutzt werden, um Forschungseinrichtungen und Betrieben die Erforschung, Herstellung und Lagerung von Waffen und Bestandteilen

---

davon auf Heidelberger Grund und Boden zu untersagen. Heidelberg soll sich zum Ziel setzen, ABC-Waffen-freie Zone zu werden.

Die Außenpolitik unseres Landes ist, wie die anderer Staaten, zunehmend geprägt von Macht- und Interessenpolitik, wirtschaftlichem Druck, Kriegsdrohungen und Krieg. Wir unterstützen alle Bemühungen, dagegen eine alternative zivilgesellschaftliche, friedliche und solidarische, internationalistische und auf Ausgleich gerichtete Politik von unten zu entwickeln; eine Politik des Respekts und des Dialogs, der hilft die Sichtweise anderer Länder zu verstehen und die von Regierungen und Medien geschaffene Feindbilder abzubauen.

Auf kommunaler Ebene können dazu Städtepartnerschaften oder Patenschaften für Hilfsprojekte beitragen. Wir streben daher an, diese auszuweiten, insbesondere auch auf Konfliktregionen und Länder wie den Iran oder die besetzten palästinensische Gebiete.

Migranten und ihre Kinder, viele aus den Krisen- und Kriegsgebieten der Welt, zählen zu den am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Sie leben oft isoliert und sind politisch kaum repräsentiert. Um dies zu überwinden streben wir – über weltanschauliche Differenzen hinweg – einen besseren Austausch und eine engere Zusammenarbeit mit Migranten-Organisationen und -Vereinen an.

### **Die Bunte Linke/DIE LINKE:**

- unterstützt die Bewegung gegen die zunehmende Militarisierung Deutschlands und der EU sowie gegen den Ausbau von Streitkräften für weltweite Interventionen,
- setzt sich für Abrüstung statt Sozialabbau ein,
- fordert, dass die NATO-Truppen aus Heidelberg und Umgebung abgezogen werden,
- verlangt von der Stadt Heidelberg, gegen verfassungs- und völkerrechtswidrige Aktivitäten auf ihrem Boden vorzugehen,
- fordert, alle zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Waffen und Waffensystemen jeglicher Art in Heidelberg zu verhindern (ABC-Waffen-freies Heidelberg),
- tritt für Partnerschaften mit Städten der angegriffenen oder bedrohten Länder ein,
- will kommunale Gruppen und kulturelle Initiativen, die sich für Frieden, Völkerverständigung und internationale Solidarität engagieren, fördern.

